

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

folgte der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glasper (Welschbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning,
berantwortlicher Redakteur: Fritz Bachlow, beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Angaben
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 8181.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Inhalt: Streikstatistiken. Vom Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Rundschau. Gegen die Buchhausvorfälle. Unternehmer-Versammlungen. — Vaugewerbliches. Die Bauhülftätigkeit in der Schweiz im Jahre 1898. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Bekanntmachung der Agitationskommission Lübeck.

Am Sonntag, den 12. November, findet in **Güstrow** eine Konferenz für beide Mecklenburg, die freie Reichs- und Hansestadt Lübeck und den Regierungsbezirk Stralsund der Provinz Pommern statt.
Die Konferenz beginnt um 11 Uhr Vormittags im Lokale des Herrn Franz Krüger, Baustraße 10.
Tagesordnung: 1. Die gewerkschaftliche Organisation der Maurer und wie kann dieselbe gefördert werden? 2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bezirk. Die Mahlen sind sofort vorzunehmen. Kein Delbarf undvertreten sein.
Die Kommission.

Streikstatistiken.

II.

Eine andere Art von „amtlicher Streikstatistik“ als die im vorigen Artikel beleuchtete, ist die, welche die Gewerbetätigen betreiben. Mitunter machen sie ganz brauchbare und von Objektivität des Urtheils zeugende Angaben. In den meisten Fällen aber wird in den Berichten dieser Herren über die Streiks in vorurtheilsvoller, oft geradezu gehässiger Weise abgeurtheilt. Nach den Berichten der Gewerbetätigen hat im Jahre 1898, einem der besten Wirtschaftsjahre, „eine ganze Reihe von Streiks“ stattgefunden. Einer der Gewerbetätigen nennt die Ausstände — wie leicht ist so ein Wort hingefahren! — eine „moderne Krankheit“ und empfiehlt Gewerbegerichte, Arbeiterausgänge und Einigungsämter als Gegenmittel.

Sehen wir uns diese „moderne Krankheit“ im Lichte des von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichten Berichtes über die Streiks und Streikvergehen im Jahre 1898“ an. Danach sind im Jahre 1898 in 44 Gewerben **985 Streiks**, an welchen **60 162 Personen** zusammen 4848 Wochen hindurch betheilt waren, ausgefochten worden. Davon entfallen allein auf die **Maurer** 248 Streiks, mit 19 589 betheiligten Personen und 2854 Wochen. Dann folgen die **Buchdrucker** mit 220 Streiks, an denen jedoch nur 776 Personen betheilt waren. Der **Holzarbeiterverband** hatte 90 Streiks mit 6779 Betheiligten 439 Wochen hindurch zu bestehen. Die **Zimmerer** sind mit 43 Streiks, 4160 betheiligten und 440 Wochen verzeichnet. Auf die **Bauarbeiter** kommen 18 Streiks mit 3728 Betheiligten und 132 Wochen.

Von den 60 000 insgesamt Betheiligten gehörten nahezu die Hälfte, also 30 000, dem **Vaugewerbe** an (Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Dachdecker, Töpfer, Stukkateure etc.).

Schon aus dieser Verteilung ist ersichtlich, daß das Jahr 1898 kein Streikjahr war, denn die Streiks außerhalb des Maurergewerbes sind offenbar zumißig ganz bedeutungslos gewesen. Auch die Verteilung der für die Streiks verausgabten Summen, zusammen **M. 1 345 302**, läßt das erkennen. Von dieser Gesamtsumme entfällt nahezu ein Drittel, M. 449 826, auf die **Maurer**, während die **Holzarbeiter** mit M. 181 081, die **Zimmerer** mit M. 132 339, die **Steinarbeiter** mit M. 68 908 und die **Bauarbeiter** mit M. 51 150 betheilt sind.

Der weitaus größte Theil der Streikkosten ist aus den Verbandskassen aufgebracht worden, nämlich **M. 1 051 074**. Dazu kommen: **M. 170 416** freiwillige Beiträge der Mitglieder, **M. 32 951** auf Listen gesammelt, **M. 58 620** aus Beiträgen anderer Gewerkschaften und **M. 3132** aus dem Auslande.

Wie bemerkt, erstrecken sich die im Jahre 1898 stattgehabten Streiks auf 44 Gewerbe. Versöhnt von Streiks blieben 11 Gewerbe; es sind dies folgende: Barbier, Buchbinder, Buchdruck-Satzarbeiter, Bureau-Angestellte, Gärtner, Gastwirthsgehülphen, Hafenarbeiter, Handelsangestellte, Lagerhalter, Maschinisten und Setzer und Werkarbeiter.

Von den 985 Streiks waren nur 169 erfolglos, also 1,7 pSt.; 413 waren erfolgreich; 165 hatten einen theilweisen Erfolg, während das Resultat von 66 unbekannt geblieben ist.

Sehr bezeichnend aber ist, daß 505 Streiks, mehr als 51 pSt., **Abwehrstreiks** waren, an denen 20 176 Personen zusammen 1365 Wochen sich betheiligten, unter einem Gesamtaufwande von M. 373 202. Die spezielleren Ursachen dieser Abwehrstreiks waren: 229 wegen Austritts aus der Organisation, Maßregelung und Aussperrung; 106 wegen Lohnreduzierung; 59 wegen Nichterhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen; 21 wegen Verlängerung der Arbeitszeit; 19 wegen Einführung einer Fabrikordnung; 18 wegen schlechter Behandlung der Arbeiter und 50 aus verschiedenen anderen Ursachen. Von den Abwehrstreiks verliefen: 270 erfolgreich; 46 mit theilweisem Erfolg; 120 erfolglos; das Resultat von 7 blieb unbekannt.

182 **Abwehrstreiks** (darunter 174 bei einzelnen Unternehmern, wovon 128 in Berlin) mit 7662 betheiligten Personen, einer Gesamtdauer von 531 Wochen und einer Gesamtausgabe von M. 168 555, entfallen auf die **Maurer**. Davon waren 136 ganz oder theilweise erfolgreich, 46 erfolglos.

Die hier festgestellte Thatsache, daß mehr als 51 pSt. aller Streiks **Abwehrstreiks** waren, und daß es sich bei 106 derselben um die Zurückweisung von Lohnreduktionen, bei den anderen um die Vertheiligung sonstiger berechtigter Interessen der Arbeiter handelte, ist sehr lehrreich. Sie zeigt, was von der Behauptung der Scharmacher zu halten ist, daß die Arbeiter in „frivol“ Weise Streiks beginnen. Mehr als die Hälfte aller Streiks im Jahre 1898 kommt durchaus auf das Konto der Unternehmer. Müssen doch selbst liberale Blätter zugeben, die Zahl der **Abwehrstreiks** erscheine bei der für die Arbeiter durchweg günstigen Konjunktur des Jahres 1898 außerordentlich hoch. Allerdings, es liegt darin eben der Beweis, wie sehr den Unternehmern unter dem Buchhausfurs der Ramm geschwollen ist.

Die Zahl der **Angriffstreiks** belief sich auf 477, mit 39 686 betheiligten Personen, einer Gesamtdauer von 3364 Wochen und einer Gesamtausgabe von M. 726 862. Es handelte sich dabei um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung in 278; um Lohnerhöhung allein in 128, um Arbeitszeitverkürzung allein in 32 und um andere Ursachen in 39 Fällen. Erfolgreich waren 182, theilweise erfolgreich 117, erfolglos 49 dieser Streiks, während von 9 das Resultat nicht bekannt geworden ist.

Von den **Maurer** wurden unternommen 66 **Angriffstreiks** mit 12 407 betheiligten Personen; einer Gesamtdauer von 2021 Wochen und einer Gesamtausgabe von M. 291 271. Es handelte sich in 22 Fällen um Lohnerhöhung; in 21 Fällen um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung; nur 3 **Maurerstreiks**

haben andere Ursachen. Erfolgreich waren 27, theilweise erfolgreich 34 und erfolglos 5 dieser **Angriffstreiks**.

Die Zahl der **Angriffstreiks** und ihr Umfang zeigt, daß die Arbeiter, nur in verhältnißmäßig geringem Maße versucht haben, die günstige wirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1898 zu Arbeitseinstellungen auszunutzen. Umgekehrt lehrt die Zahl der **Abwehrstreiks**, wie sehr die **Freivolität** des Unternehmertums gewachsen ist. Und zwar ist dies offenbar die Folge davon, daß von Regierungsseite die organisirten Arbeiter, insbesondere die Streikenden, als „Umsflücker“ in Acht und Bann gehalten worden sind. Diese Behandlung der Arbeiter von „maßgebender Stelle“ hat den Uebermuth der Unternehmer gesteigert. In nicht weniger als 229 Streiks hatten die Arbeiter sich zu vertheidigen gegen den Versuch der Vergewaltigung ihres Rechtes und ihrer Ehre. Sollte diese Thatsache nicht den Buchhausgesetz-Fanatikern zu denken geben?

Die statistischen Nachweisungen der Generalkommission, betr. die **Streikvergehen** im Jahre 1898, dienen der Feststellung: daß auch 1898 trotz schärfsten Vorgehens der Behörden und der Gerichte eine nennenswerthe Steigerung der Bestrafungen nicht eingetreten ist; daß diese Bestrafungen nur einen bestimmten Prozentsatz ausmachen; daß die Annahme, die heutigen Gesetze seien unzureichend gegen Streikvergehen, eine irrige ist und daß die „massenhaften Streikausführungen“ hauptsächlich nur in der Phantasie der Personen existiren, die da wünschen, daß sie vorhanden, um eine gegen die Arbeiter gerichtete Ausnahmegesetzgebung etc. zu rechtfertigen.

Von den **60 162** Streikenden des vorigen Jahres wurden nur **300** insgesamt mit 27 Jahren 6 Monaten und 4 Tagen Gefängnis, sowie 15 1/2 Wochen Haft und M. 684 Geldbuße bestraft. Es kommen also auf 1000 Streikende nur rund 5 pSt. bestrafte Personen, ein Prozentsatz, der um so geringfügiger erscheint, als, wie bemerkt, ein verächtliches Vorgehen der Behörden und Gerichte stattgefunden hat. Allerdings sind noch weitere 284 Personen wegen „groben Unfugs“ mit zusammen 63 Wochen Haft und M. 2177 Geldbuße, sowie 68 Personen wegen Uebertretung von Polizeivorschriften mit 18 Wochen Haft und M. 702 Geldbuße bestraft. Aber diese Bestrafungen haben thatsächlich nur ihr gutes staatsbürgerliches Recht ausgeübt; sie sind einem willkürlich konstruirten Strafbegriff zum Opfer gefallen und kommen als „Streikverbrecher“ nach rechtlichen und vernünftigen Ermessen nicht in Betracht. Nicht in die Statistik der Generalkommission aufgenommen sind auch die 26 Personen, die bei dem Streik in Torgelow wegen Hausfriedensbruchs streng bestraft wurden. Es handelt sich hier um einen im Rahmen der Statistik nicht zu berücksichtigenden Ausnahmefall.

Es kommt aber nicht nur die verhältnißmäßig geringe Zahl der Bestrafungen in Betracht. Die Statistik ergibt auch, daß 1898 zwar in 44 Gewerben gestreikt wurde, daß aber nur in 21 Ausprägungen bei Streiks vorgekommen sind. Und in diesen 21 Gewerben sind von den gesammten Streiks nur 107 vorgekommen. Von den gesammten Ausständen verliefen nahezu 90 Prozent ohne das geringste Vorkommnis, das polizeiliches oder richterliches Einschreiten hätte veranlassen können. Und das trotz der Erregung, die erfahrungsgemäß bei fast jedem Ausstande herrscht!

Es wurden bestraft Personen: Auf Grund des § 163 der Gewerbeordnung 58 (darunter 53 Maurer), auf Grund des § 163 in Verbindung mit Paragraphen des Strafgesetzbuches 49 (darunter 26 Maurer), wegen

Schwerlegung 26, Drohung 55, Beleidigung 17, Nötigung 44, Verurteilung 34, Mißhandlung 13, Körperverletzung 4.

Daraus ergibt sich, wie sehr es der Wahrheit widerpricht, zu behaupten, die Streikvergehen seien „meist schwerer Natur“.

Alles in Allem beweist die Statistik, daß Ausschreitungen bei Streiks die Ausnahme von der Regel bilden, und daß der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands das Zeugnis musterergültigen Verhaltens gebührt.

Alle die Thatsachen, welche in der Statistik der Generalkommission festgestellt worden sind, und zwar so sehr, daß sich an ihnen nicht rütteln läßt, werden bei der demnächstigen entscheidenden Beratung der Zuchthausvorlage ihre Verwertung finden. Was will dagegen die amtliche Statistik des Herrn v. Posadowsky belegen? Sie kann neben der Statistik der organisierten Arbeiterschaft nicht bestehen.

Vom Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

In den Tagen vom 8. bis 14. Oktober hat in Hannover der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie — der zehnte seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes — unter Teilnahme von 226 Delegierten, sowie des größten Teiles der Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und einiger Gäste aus Oesterreich, der Schweiz, Holland, Schweden und Amerika stattgefunden. Selbstverständlich mußten wir davon absehen, einen erschöpfenden Bericht über die sechsstägigen Verhandlungen zu bringen. Wir müssen uns darauf beschränken, die hauptsächlichsten Besätze und deren Bedeutung in möglichst kurzer Kürze zu skizzieren, wobei wir besondere Rücksicht nehmen auf alle die gemeinschaftliche Bewegung betreffenden Punkte.

An den Geschäftsbericht des Vorstandes knüpfte sich eine Debatte über folgenden Antrag von Parteigenossen des sechsten Wahlkreises Dresden-Land:

„Mißbilligung darüber auszusprechen, daß der Parteivorstand von der Liste der Klassenkämpfer die Verurteilungen in der Löblauer Strawalprozess“ getrichen und diese Streichung nachträglich mit der Verweisung vor falschen Auslegungen durch die Schamdammer begründet hat. Da ein schwächliches Zurückweichen vor den immer bedrohlicher werdenden Mächten der Zuchthauskurse das Vertrauen der deutschen Arbeiter in die Vertretung ihrer Interessen durch die sozialdemokratische Partei erschüttern müßte, möge der Parteitag ferner den genannten Mißgriff nach Möglichkeit reparieren und Anordnungen treffen, die besten Wiederholung verhindern.“

Der Berichterstatter, Parteisekretär Auer, bemerkte zu diesem Antrag, daß der Parteivorstand geglaubt habe, der Löblauer Fall sei trotz seiner Ungeheuerlichkeit nicht geeignet, in die Liste „Unter dem neuen Kurs“ aufgenommen zu werden, da derselbe nicht in direktem Zusammenhang mit den Parteiforderungen stehe. Auch der bekannte Torgelower Fall, wo ausländige Arbeiter Streikbrecher überfallen haben und deshalb wegen Landfriedensbruch verurteilt wurden, sei nicht in die Liste aufgenommen worden, ohne daß eine einzige Stimme aus der gesamten gemeinschaftlichen oder politischen Bewegung sich darüber beschwerde fähig und geneigt habe. Der Delegierte für Dresden-Land, Rebebour, führte demgegenüber aus, daß alle Urteile zu registrieren seien, die aus den gemeinschaftlichen Kämpfen resultieren. Von mehreren anderen Seiten wurde das Verfahren des Parteivorstandes gutgeheißen. Auer machte im Verlauf der Debatte noch geltend, daß ja auch die von Rebebour geleitete „Schäffische Arbeiter-Zeitung“ von Anfang an mit Recht bemüht gewesen sei, die Löblauer Vorgänge von der Sozialdemokratie abzuwehren, sie als solche hinzuzufügen, die mit der Arbeiterbewegung nichts zu thun haben. Der von Rebebour vertretene Antrag wurde abgelehnt. Ebenso folgender von Thiele-Galle gestellter Antrag:

„Die monatlich zu veröffentliche Liste der zur Kenntnis kommenden Verhaftungen hat sich auf die Verurteilungen in parteipolitischen und gewerkschaftlichen Prozessen zu erstrecken. Aufzunehmen sind in gewerkschaftlichen Prozessen alle Urteile, zu denen das Verdict durch Verurteilung und Verfolgung der von den Gewerkschaften anerkannten Forderungen sich ergeben hat. Die Ueberschrift „Unsern neuesten Kurs“ ist zu ersetzen durch „Opferrolle im proletarischen Klassenkampf“.“

Auch der vom Abgeordneten Hösch erstattete Bericht über die parlamentarische Tätigkeit führte zu längerer Debatte. Aus den Darlegungen des Berichterstatters haben wir Folgendes herbei:

„Als auf die Frage der parlamentarischen Arbeitsweise sind wir nur der bisher uns vorgeschriebenen Taktik gefolgt, aber auch in dieser einen Frage ist unsere Taktik nachträglich von den Parteigenossen gebilligt worden. Betrachten Sie die Tätigkeit der Fraktion im Ganzen, so werden Sie finden, daß wir uns zwei Strömungen in den Kreisen unserer Gegner gegenüber befinden. Die sozialen Mißstände zwingen mehr und mehr die herrschende Klasse, von unseren Forderungen ein kleines Stückchen nach dem anderen als berechtigt anzuerkennen und die sozialpolitische Gesetzgebung auszufüllen; so kamen die auch von uns wenn auch als schwächliche und unzureichende Verbesserungen anzuerkennenden Vorschläge zur Gewerbeordnung und zur In-

validenversicherung. Daher auch die verschiedenen sozialpolitischen Anträge der bürgerlichen Parteien. Zugleich jedoch wird die sehr kleine, aber einflussreiche Clique der Junker und Großkapitalisten dazu getrieben, aus Furcht vor der Sozialdemokratie die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu vernichten.“ Mit diesen beiden Richtungen müßten wir rechnen. Wir treten einmal für einen weiteren Ausbau der Arbeiterfortschrittsbewegung ein, um die Arbeiter vor der Verehrung zu bewahren, oder sie aus der Verehrung zu reißen und sie dadurch um so widerstandsfähiger zu machen. Die Gefahr, daß durch eine solche Taktik die Arbeiter verwirrt werden; die Gefahr, der die Theoretiker erliegen können und zum Teil meiner Ansicht nach auch erliegen sind, wird in der Praxis durch die Schärfermacher hinfänglich, die fort und fort hegen und so den Arbeitern die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Proletarier immer wieder vor Augen führen. In allen wichtigen Fragen konnte eine Verständigung in der Fraktion glatt hergestellt werden.“

Die Debatte drehte sich um eine Reihe von Anträgen, von denen folgenden angenommen wurden:

Groth-Moskoff: „Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei Beratung des neuen Post-Zeitungsgesetzes dafür einzutreten, daß es ausdrücklich Jedermann freigestellt wird, an Wochentagen, sowie an Sonntagen und Festtagen, gleich den Briefträgern der Kaiserlichen Reichspost, zu den für den Gewerbebetrieb freigegebenen Stunden Zeitungen an Abonnenten auszuliefern.“

Winter-Weithen: „Die Fraktion soll im Reichstag die landesgesetzlichen und polizeibehördlichen und der Reichsregierung widersprechenden Beschränkungen der Zeitungsverbreitung und Flugblattverteilung am Sonntag zur Sprache bringen.“

Der die Maßfeier betreffende Punkt der Tagesordnung wurde ohne Diskussion erledigt durch einstimmige Annahme folgender von Pfanckuch vorgeschlagener Resolution:

„In Anerkennung mit den Beschläffen des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris 1889, Wrißel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie am 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verwirklichung und dem Weltfrieden. Als die würdige Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die „allgemeine Arbeitsturne“. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsturne am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsturne vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Sodann erstattete Liebknecht ein Referat über den nächsten internationalen Kongress. Er führte aus, es sei auf dem letzten internationalen Kongress in London 1896 beschlossene worden, daß nach drei Jahren, also 1899; die deutsche Sozialdemokratie, wenn irgend möglich, den internationalen Kongress in Deutschland organisieren möge, wenn es aber nicht möglich sei, sollte sie an die französische dies Ehrenamt abgeben und der Kongress 1900 in Paris stattfinden.

Da jedoch die Partei in Deutschland infolge unserer politischen Verhältnisse nicht in der Lage sei, den ausländischen Genossen ein sicheres Asyl und die für einen internationalen Kongress notwendige Freiheit der Debatte zu gewähren; sei man genötigt gewesen, die ehrenvolle Aufgabe, den Kongress zu arrangieren, an die französischen Genossen abzugeben. Diese haben die Aufgabe denn auch übernommen. Im Mai d. J. fand eine internationale vorbereitende Konferenz in Wrißel statt, zu der seitens der deutschen Sozialdemokratie Singer und Liebknecht, seitens der österreichischen Adler, der französischen Wallant und Andere delegiert waren. Die internationale Sozialdemokratie war dort ziemlich vollständig vertreten. Von französischer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, man möge zwei Kongresse abhalten; ein gewerkschaftlicher Kongress sollte vollständig vom eigentlichen Kongress getrennt sein.

Die deutschen Vertreter erklärten, nicht dulden zu können, daß die gewerkschaftliche Bewegung von der politischen losgelöst würde, und sie wurden darin unterstützt namentlich von den Oesterreichern. Schließlich wurde auch seitens der französischen Genossen dieser Standpunkt geteilt. Der Kongress soll herufen werden auf den Herbst nächsten Jahres. Der genaue Zeitpunkt ist noch nicht festgesetzt, soll jedoch rechtzeitig bekannt gemacht werden. Der Kongress soll lediglich die Fortsetzung der alten internationalen Kongresse bilden, auf welchem sowohl gewerkschaftliche wie politische Arbeiterorganisationen vertreten sein können.

Ohne Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Parteitag beschließt, die deutschen Genossen zur Vertretung des internationalen Solidaritätsfestes zu möglichst zahlreicher Beschickung des „Internationalen Arbeiterkongresses“ aufzufordern, der im Herbst des nächsten Jahres (1900) zu Paris sich versammelt wird.“

Nachdem alle diese Punkte am ersten Verhandlungstage ihre Erledigung gefunden hatten, trat der Parteitag in die Verhandlung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei“, ein. Das äußerst erschöpfende und umfassende Referat Wibel's nahm sechs Stunden in

Anspruch, während die sich daran knüpfende Debatte die folgenden drei Tage ausfüllte.

Wir dürfen wohl voraussetzen, daß unsere Leser wissen, um was es sich bei diesem Punkte handelt. Hauptsächlich darauf kam es an, die von Bernstein-Bondon in den letzten zwei Jahren vertretene Ansicht, daß gewisse Punkte des Parteiprogramms nicht mehr aufrecht zu erhalten seien und die Partei eine andere, sozial-reformativische Taktik beobachten müsse, zu erörtern und entscheidende Stellung dazu zu nehmen. Alle die streitigen Fragen sind im Laufe der letzten Monate in der Parteipresse und in Versammlungen lebhaft erörtert worden. Wir werden in nächster Zeit an der Hand der Parteitagshandlungen unsere Leser eingehend über die wichtigsten dieser Fragen unterrichten. Im Rahmen dieses Berichtes müssen wir uns auf allgemeine Mitteilungen und Bemerkungen beschränken.

Wibel legte seinem Referat folgende, von ihm vorgeschlagene Resolution zu Grunde:

„Die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft giebt der Partei keine Verantwortung, ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzugeben oder zu ändern.“

Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann und bekräftigt es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erlangen, um mit Hilfe derselben durch Verfassunggebung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmögliche Wohlfahrt Aller zu begründen.

Um dieses Ziel zu erreichen, benützt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen, oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes, oder um eine ernsthaftere Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und die Förderung von Kulturanstalten, oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Verstreungen handelt. Aber die Partei beharrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.

Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen Bedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erzielung der Arbeiterklasse zur selbstständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie läßt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Fesseln der Lohnflauelei.

In der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolitik beharrt die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkt. Ebenso verbleibt sie bei ihrer bisherigen internationalen Politik, die auf eine Verständigung und Verbrüderung der Völker, in erster Linie der Arbeiterklasse in den verschiedenen Kulturländern, abzielt, um auf dem Boden einer allgemeinen Föderation die Lösung der gemeinsamen Kulturaufgaben herbeizuführen.

Nach all' diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihr Programm, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verwickeln oder zu verrücken.“

In seiner Einleitung führte Wibel aus:

„Seit ihrem Bestehen hat die Partei unausgesetzt Diskussionen über Programm und Taktik gehabt und immer haben diese Diskussionen bei den Gegnern die Spaltung erweckt, es werde eine „Spaltung der Partei“ eintreten. Eine Partei, wie die unsere, die als ihr Ziel aufgestellt hat die Umwandlung der Gesellschaft in eine neue, grundberührende, sozialistische, kann dies Ziel nicht anders erreichen, als daß sie die Veränderungen des wirtschaftlichen Lebens genau verfolgt und an der Hand des Thatsachen-Materials ihre eigenen Grundanschauungen über das Wesen dieser Gesellschaft kritisiert. Ich habe früher einmal den Ausdruck gebraucht: Wir befinden uns in einer beständigen geistigen Wauferung. Dieser Ausdruck ist nicht nur von unseren Gegnern, sondern zum Teil auch von unseren Freunden belächelt worden; trotzdem ist er wahr und muß wahr sein, wenn wir nicht das ganze Wesen unserer Partei aufgeben wollen. Getreu unserer Aufgabe, fortgesetzt die wirtschaftlichen Erregungen zu beobachten, haben wir im Laufe der letzten drei Jahrzehnte drei Mal unser Programm in wichtigen Punkten geändert; ich erinnere an den Satz dogn dem ehernen Lothgefäß, dem Lassalle eine solche Bedeutung beimaß, daß er erklärte: Jeder, der sich Euch anschließen will, muß erklären, wie er zu dem ehernen Lothgefäß steht. Ich erinnere weiter an den Satz aus dem Göttscher Einigungsprogramm: Arbeit ist die Quelle

alles Melchior. Ich erinnere ferner an das Wort von der einen reaktionären Masse, ich erinnere endlich daran, daß wir in unseren beschriebenen Programmen noch aufgenommen hatten die Nothwendigkeit der Gründung von Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe, also Anträge an das alte Kaiserliche Programm. Auch diese Forderung ist heute preisgegeben."

Angehörig dieser Thatsachen, sei es Thorheit, zu behaupten, man wolle auf dem Parteitag „Kampferichteit“ treiben. Die Sozialdemokratie habe keine Dogmen und respektive für alle ihre Mitglieder das Recht der freien Kritik. Diese Freiheit sei das Lebensprinzip der Sozialdemokratie. Jetzt handele es sich darum, Ansichten und Vorschläge, die mit den Grundanschauungen der Partei unvereinbar seien, zurückzuweisen, in erster Linie die Ansicht, daß die ökonomische Entwicklung viel langsamer und in ganz anderer Weise vor sich gehe, als die Partei seither nach den Lehren Marx' und Engels' geglaubt habe. (Schluß folgt.)

Rundschau.

* Ueber den Mauererstreik in Dresden stellt die „Sächs. Arb.-Ztg.“ einige Betrachtungen an, die interessant genug sind, um einen weiteren Beisitz zu finden. Sie schreibt:

„Dieser einige Streik, welcher etwa 10 Wochen dauerte, und an dem in seiner größten Ausdehnung auf 5000 Personen betheiligt waren, hatte nicht weniger als 18 Gerichtsverfahren im Gefolge, in denen 21 Personen verurtheilt, keiner der Eingekerkerten aber freigesprochen wurde. Die verhängten Strafen betrafen sich insgesamt auf 2 Jahre 10 Monate 3 Wochen Gefängnis, 6 Tage Haft und 30 Mark Strafe. Die Hälfte der Strafe betrug in zwei Fällen je 5 Monate Gefängnis. Als wichtig ist festzustellen, daß wegen eigentlicher Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung nur 6 Personen zu insgesamt 8 Monaten 19 Tagen Gefängnis verurtheilt werden konnten. Die übrigen Verurtheilungen erfolgten auf Grund des Strafgesetzbuchs — verurtheilt und vollstreckt Mißthigung, Verhöhnung, Anschuldigung, Verleumdung, Ungehorsam, das Kapital der „Verleumdungen“, ist besonders interessant. Es wurden nämlich 12 Verurtheilungen ausgesprochen, die zum Theil sich auf Verleumdungen bezogen, die 4 Personen zu insgesamt 13 Monaten Gefängnis verurtheilt. (Es kommen demnach für die übrigen nach dem Wechselsatz des Gesetzes viel, viel schwerere Vergehen auf 11 Personen 19 Monate 2 Tage Gefängnis.) Und dabei muß man sich vergegenwärtigen, wie diese „Verleumdungen“ aussahen. Fast durchweg geschändliche Schimpfereien, wie sie unter Arbeitern, freizeln unter Bauarbeitern, alle Tage vorkommen, ohne erstickt zu werden. Für gewöhnlich würde es keinem Staatsanwalt einfallen können, wegen solcher, täglich zu Tausenden passirenden Vorfälle Anzeige im öffentlichen Sinne zu erheben. Der Verleibte würde einfach auf den Weg der Privatklage gewiesen werden, wo solche Klagen in der Regel mit ein paar Mark Strafbusse gelöst werden. So geschahen die Streitigkeiten, welche den kämpfenden Arbeitern die wirksamste Ausübung des Streikrechts ungeheurer erschweren, heute schon den denkbar größten Schutz. Und sie werden — und das ist ebenfalls charakteristisch — oft gegen ihren eigenen Willen wegen eines Wortes, wie Nimm, Streikbrecher usw., in Schutz genommen. Mehr als einmal hat sich dieser Fall bei diesen Streikprozessen zuggetragen, wo die angeblich Verletzten bestimnt erklärten, daß sie ihren Kollegen nicht bestrafen wollten. Und trotzdem die Strafzahlung nicht bestrafen wollten. Und wie die Strafzahlungen zu Stande kommen! In mehreren Fällen mußten die Verletzten überhaupt nicht davon, es war ihnen auch garnichts daran gelegen. In einigen Fällen lag die Sache ganz anders, als die Anlage behauptete, und die Hauptzeugen, die Verletzten, mußten erklären, daß sie garnicht verletzt waren. Trotzdem Verurteilung! Und zwar mit Hilfe anderer Zeugen, die die Sache aus eigenem Wissen garnicht konnten. Da wird ein Gerichtsdifferenzial, oder ein Polizist herangezogen, denen diese verletzten Hauptzeugen bei der Vernehmung in der Voruntersuchung Augen im Sinne der Anlage gemacht haben sollen. Das wird bestritten, Lebsaft und bestimmt, da läßt man einfach die Hauptzeugen fallen, und die Verurteilung wird auf Grund der belastenden Angaben ganz unbefugter Dritter herbeigeführt. Die Hauptzeuge ließen aber die Verurteilung zu Stande kommen! — Alle diese Streitigkeiten, die man in diesen Prozessen dazu gespannt hat, sind in Wirklichkeit keine solchen. Es ist auch nicht eine einzige entscheidende Ausfertigung der Streitenden vorgekommen! Trotz alledem fast drei Jahre Gefängnis! Außerdem mußten eine Anzahl der Streikbrecher monatliche Unterhaltungsbeiträge leisten — ohne jeden kläuserlichen Grund. Ist es nicht geradezu empörend, wenn man ein Festhalten eines Geistes bestialisch zurückweist, weil Zeuge als schwächerer Mensch von dem Angeklagten beeinflußt werden könnte. Wegen lächerlicher Kappellen verurtheilt man zwei der Streikbrecher, ohne sie wieder rauszulassen. Das Unternehmertum war natürlich darüber hoch erfreut. — Noch ein Beispiel, wie man die so schauerlich klingende Definition der „Verhöhnung“ zu Wege brachte. Ein Streitender theilte einem arbeitswilligen Vorstandsmitglied in der ruhigsten Weise mit, daß er aus dem Verbande ausgeschloffen werden möchte, wenn er weiter arbeiten wollte. Die Antwidung einer ganz selbstverständlichen verbandsstatutarischen Handlung brachte dem Betroffenen aber 25 n Tage Gefängnis! Ebenfalls Gewalt wurde dem be rüchtigten „Groben Ungeh.“ Paragrafen angewandt. Er wurde auf drei Streikposten angewandt — 20 Geldstrafe und zwei je drei Tage Haft — ohne daß irgendwo grober Ungeh. — Verleumdung z. — feststellend werden konnte.

Und so geht durch alle diese Prozesse in offensichtlicher Weise der Zug, Verurteilungen herbeizuführen, Verurteilungen um jeden Preis, wenn deren Begründung auch noch so künstlich und gebarnt, jeder vernünftigen Logik in's Gesicht schlägt — der pure Geist der Rechtsbasen.

Und weit dieses System, dieses Vorgehen, so außerordentlich konsequent, gerade gegenüber den streikenden Mauern in Dresden durchgeführt, die Klassenjustiz gerade hier so deutlich und ohne Schminke erkennen läßt — gerade deshalb tritt dieser Streik als Charakteristikum eines Systems über den lokalen Rahmen hinaus. Es dürfte in Sachen, dem kläuserlichen Boden aller Reaktionen gegen die organisierte Arbeiterschaft, noch keinen Streik

gegeben haben, bei dem in einer solchen Weise gegen die Arbeiter vorgegangen wurde.“

* Ein Freiheitspruch in Dresden. Die erste und einzigste Freiheitsprechung in den Prozessen, die anlässlich des Dresdener Mauererstreiks eingeleitet wurden, ist erfolgt. Angeklagt war der Mauerer Alois Kuhn wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Die Anklage lagte ihm zur Last am 7. Juni (zur Zeit des Mauererstreiks) an der Ecke der Kippvorstadt und Wärenfischerstraße den auf dem Boigtischen Neubau beschäftigten Mauern zuzuerufen zu haben. „Kommt nur auf einen anderen Bau, Ihr götter.“ „Gunde, dann schlagen wir Euch die Wunden kaputt!“ Der Angeklagte gab zu, daß er sehr oft an dem betreffenden Bau vorbeigefahren ist, weil er in unmittelbarer Nähe des Baues wohnte. Er bestritt jedoch entschieden, den intimierten Ruf gebraucht zu haben. Der Zeuge Mauererparier Stroh gab bezeugte unter Eid, daß die Vernehmung so geschehen sei, wie oben angegeben. Ein Mißverständniß sei völlig ausgeschlossen. Nachdem Kuhn während des Vorüberfahrens die Drohung ausgesprochen, habe er (Zeuge) sich an seine im Grunde arbeitenden Mauerer gewendet und gesagt: „Ihr habt es doch auch gehört.“ Sie erklärten jedoch sämmtlich, von dem Vorgang nichts gehört zu haben. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob es vielleicht die Mauerer nicht gehört haben wollten, behauptete der Zeuge, die Mauerer hätten gesagt: „Wir müssen uns nicht hinein, wir haben bloß Unannehmlichkeiten usw.“ Der Parier fügte sich nicht beileidigt.

Der Staatsanwalt stellte die Strafe in das Ermessen des Gerichts, da der Zeuge sich öfter widersprochen hätte. Es sei auch der Ruf mehr eine bloße Redensart, als ein ernsthafter Versuch gewesen, die Leute durch Drohung zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen.

Nach kurzer Vernehmung erfolgte die Urtheilsverhandlung, die auf Freisprechung lautete. In der Begründung wurde bemerkt, daß durch die Anklage des Parieres zweifellos festgestellt wurde, daß die Vernehmung geschehen ist. Jedoch wurde angenommen, daß sie keinen ernsthaften Versuch einer Drohung darstelle, daß sie vielmehr lediglich eine in Unmuth fallen gelassene Redensart sei.

Ein für Dresdener Gerichte merkwürdig bernauntes Urteil!

* Streikprozesse. In Wankenburg (Gaz) hatte sich am 14. d. M. der Mauerer Buchhorn wegen Unkundenfalschung zu verantworten. Der Hatzbelsatz ist folgender. Anlässlich des diesjährigen Mauererstreiks hatte ein Wankenburgischer Unternehmer einen Arbeiter in Halle a. d. S. beauftragt, ihm eine Anzahl italienischer Mauerer zuzuführen. Er erhielt davon Kenntnis und telegraphirte an dem Tage, wo die italienischen Mauerer von Halle abreißen sollten, an den Agenten: „Richt kommen, hier einig“, unterzeichnet war die Depesche mit dem Anfangsbuchstaben des Namens des Unternehmers, der mit dem Agenten den Lieferungsvertrag abgeschlossen hatte. Die Staatsanwaltschaft erklärte in der Handlungsbilanz M. 3 eine Unkundenfalschung und beantragte, ihn mit 9 Monaten Gefängnis zu bestrafen. Das Gericht sah die Sache jedoch weitaus milder an und erkannte in Rücksicht auf den guten Reumuth des Angeklagten auf nur 3 Wochen Gefängnis, unter Anrechnung von 14 Tagen der erstirten Unterbringungshaft.

Weniger glücklich kamen die Kollegen Gültiche und Winkler davon. Die waren der Mißthigung und Mißhandlung eines „Arbeitswilligen“ angeklagt. Beide bestritten, die That ausgeführt zu haben; der Hauptzeuge redete dummes Zeug und der Herbergsvater, sowie ein Mauerer aus Helmsdorf wollten nichts zu bekennen. Der Polizist, der die Anklage erstattete, wollte nichts zur Sache Gefährdes mitzulassen, weil ihn erst drei Tage nach dem Verfall durch den Unternehmer Tolle Kenntnis von der Sache gegeben worden war. Das Gericht erkannte trotzdem beide Angeklagten der Mißthigung, verbunden mit körperlicher Mißhandlung für schuldig und verurtheilte Neben zu zwei Monaten Gefängnis und in die Kosten.

* Der preussische Staat war wieder einmal in Gefahr! Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Am 3. d. M. erhielt der Mauerer S. de Klein eine Einladung, vor dem Polizeikommissar zu erscheinen. Er, der der Einladung ohnmüthig folgte, leistete, wurde dann sofort nach dem Hauptpolizeiamt transportirt, wo ihm die überrassende Mißthigung wurde, daß er ein gefährlicher Agitator, und weil Unzufriedener, ausgewiesen sei. In zwei Tagen müsse er das preussische Gebiet verlassen und dürfe es niemals wieder betreten. Bevor die Abfertigung vor sich ging, wurde er noch zweimal photographirt — einmal mit und das andere Mal ohne Kopfbedeckung. Dann mußte der Ausgewiesene, der in Düsseldorf verheiratet ist, den Weg über Duisburg, Oberhausen, Wesel, Emmerich nach hollandischen, heimwärts antreten. Und wodurch hat Klein sich „lästig“ gemacht? Er hat die großen Mißstände auf Baulden, soweit sie ihm bei seiner Arbeit erkennen wurden, in den Besprechungen der Mauerer in der ruhigsten Weise ausgebeutet. — Wie kann aber auch ein Arbeiter, noch dazu ein Unzufriedener, sich anmaßen, geordnete Zustände zu verlangen! Die Unternehmer brauchen sich lachende Slaven. Damit basta! Und was Scheerl's die Polizei, wenn dann und wann Bauereinstürze, wie kürzlich in Klett, vorkommen! Wozu ist das Arbeiterpad eigentlich anders vorhanden, als zum Arbeiten, Maulhalten und sich todtschlagen zu lassen! Ist der deutsche Arbeiter nicht willig genug, dann Unzufriedener her. Und ist unter diesen Einem, der auch als Mensch behandelt sein will, dann raus mit ihm — es bleiben noch genug Schafe übrig!

* Für die Mappe des Grafen Bodanowsky. Der Mauerer Wolf in Betsch war am 20. September mit dem Bauunternehmer Klinger in Besprechung über einen Schuppenbau am Kaiserhofen persönlich in Arbeit gestellt worden. Am Nachmittage des 8. Oktober wurde dem genannten Arbeiter von dem Besitzer des Unternehmens mit den latonischen Worten: „Hier, Wolf, ist ein Zettel für Sie!“ ein mit der Scheinbälge beschriebener Zettel folgenderen Wortlauts eingehändigt: „Dem Mauerer Wilhelm Wolf wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß in meinem Geschäft die gesetzliche 14 tägige Kündigung nicht in Anwendung kommt, sondern das Arbeitsverhältniß beiderseitig jederzeit ohne Kündigung gelöst werden kann und erklärt sich Adressat durch Annahme dieses Scheines damit einverstanden.“

Rehe, den (3). (3). 1899.

Der mit diesem Schein Beglückte war sich sofort klar, daß etwas gegen ihn im Werke sei, und er sollte sich darin auch nicht getaucht haben. Am folgenden Nachmittage erschien

Klinger auf dem Bau, rief Wolf zu sich heran und eröffnete ihm, daß er wieder aufhören müsse. Auf die Frage Wolfs, ob er nicht gut oder nicht genug arbeite, erklärte Klinger, daß an der Arbeit Wolfs nichts anzusetzen sei. Die Kündung erfolge wegen Mangel an Arbeit und aus anderen Gründen. Wolf ist diese Gründe nicht, darüber bemerkte Klinger jedoch Nachmittags, als auch Abends in seinem Komptoir, wo ihn Wolf nochmals aufsuchte, jede Auskunft. Am Donnerstag Morgen trat Wolf dem Klinger zufällig wieder am Kaiserhofen und wiederholte die Frage nach dem Grunde der Kündigung. Und nun erfuhr er sie auch. Klinger erklärte ihm: „Wenn ich gewußt hätte, daß Sie Wolf seien, so hätte ich Sie überhaupt nicht eingestellt. Ich habe einen blaffen Scred gekriegt, wie ich erfuhr, wer Sie sind.“ Als Wolf nun die Frage an Klinger stellte, ob er während oder auch nach dem Streik der Bauarbeiter, an dem er theilhaftig gewesen war, irgend etwas Persönlich Beleidigendes gegen ihn geäußert oder unternommen habe, antwortete Klinger beinahe und erklärte nochmals, daß sowohl er, wie sei Partner mit den Bestellungen Wolfs vollständig zufrieden seien. „Aber“, fügte er hinzu, ich habe eingesehen, daß es die höchste Zeit war, Ihnen wieder in Feierabend zu geben. Denn wenn Sie noch auf Tage auf dem Bau geblieben wären, so hätten Sie alle Leute in den Verband hineingebracht, und dann könnte ich nichts mehr mit Ihnen anfangen!“

Darnach haben wir Urachen, anzunehmen, daß es in dem Betrieb des Herrn Klinger nicht besonders ordnungsmäßig zu geht. Warum führt er sich sonst vor den Mitgliedern des Mauererverbandes. Diese wollen doch nur Ordnung schaffen, die Mißstände beseitigen und die Mauerer über ihre Rechte und Pflichten aufklären. Wenn allerdings die Zustände in den Unterwerkstätten und insbesondere im Waagegeschäft des Herrn Klinger derartig sind, daß die Betriebe dadurch erschüttert werden, wenn die Arbeiter ihrer gesetzlich gebührendsten Organisation beitreten, dann muß es sehr, sehr faul mit der „Ordnung“ bestellt sein.

In der weiteren Unterredung Wolfs mit Klinger gab dieser, wenn auch ausweichend zu, daß Wolf in der schwarzen Hülse des Arbeiterverbandes“ sehr, Klinger sehr auch durchblicken, daß Wolf bei ihm weiterarbeiten könne, wenn er aus dem Verband austrete. Diese Zustimmung wurde selbstverständlich zurückgewiesen. Die Zustimmung zeigt uns aber auch wieder, wie einseitig die Herren „Arbeitergeber“ die Ehre der Arbeiter einschätzen. Haben die Arbeiter jemals von den Unternehmern verlangt, sie sollten ihre Organisations aufgeben? Niemals! Ist ein solches Ansuchen gestellt worden. Die Unternehmer würden sich das auch wohl ganz energig verbieten haben. Dagegen sollten aber auch die Arbeiter thun. Mögen sich die Mauerer und Bauarbeiter in der Unterwerkstätten bald auf sich selbst besinnen und einmüthig die Freßpest der Unternehmern zurückweisen.

Im Uebrigen empfehlen wir diesen Fall den Unternehmern, Zerrörismus der geeigneten Beachtung des Herrn Staatssekretärs v. Holzdorff.

* Einkommen der Agitatoren und Gewerkschaftsbeamten. In den letzten Wochen hat die Presse, die den „Arbeitergebeten“ dient und täglich für die Entree und Freuehung der Arbeiter, für das Ausposaunen des Proletariats und für die Ausposaunen der Massen eintritt, sich wieder einmal damit beschäftigt, die „gemächlichen Agitatoren“ vorzuführen. Zunächst zog die Scharfmacherlippe über den Zimmererverband her, dessen Ausgaben für Agitation, Verwaltung und Fachorgan der „gut gesinnten“ Arbeiter als viel zu hoch geschätzt wurden; und nachdem die Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission erschienen ist, fällt die Meute natürlich auch darüber her. Es heißt in der Reichsanzeiger:

Befamulich brachten die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1898 M. 5 608 667 auf und gaben davon M. 4 279 726 aus. Hierunter schätzten die Agitatoren einen großen Theil. Zunächst wurden ausgegeben für Agitation M. 136 829, für die Verbandsorgane, an denen die Agitatoren befamulich als Redaktoren, Administratoren, Expedienten ange stellt sind, M. 518 949, für Rechtschutz M. 43 378, für Gemagregelten Unterstützung M. 89 978, für Reueunterstützung M. 283 267. Aus dem Kapitel „Arbeitslosen-Unterstützung“, M. 275 404, werden die Agitatoren auch ihr Theil bezogen haben. Für Konferenzen und Generalarbenten, auf denen befamulich nur die Agitatoren zu erscheinen pflegen, wurde noch das nette Stümmechen von M. 68 923 bezahlt. Die Hauptkosten zahlten an Gehältern M. 140 423, geben für Verwaltungsmaterial sage und schreibe M. 165 926 aus. Aus sehr vielen Posten werden die Agitatoren bezahlt, sie müssen in der That ein grandioses Leben führen können. Wam gehen denn endlich den Arbeitern die Augen auf?

Arbeiter, meßt Ihr was? Werbet Ihr nun bald die Mägen aufmacher und Gure—Agitatoren zum Tempel hinausjagen? Ist es nicht ein Standal. M. 140 000 verbrassen etwa 100 Kerle in einem Jahre, das macht im Durchschnitt ja rund M. 1400 auf jeden Beamten, eine Summe, mit der man wahrlich ein grandioses Leben führen kann. — Aber worzu überhaupt Geld ausgeben für Organisationszwecke, für Verwaltung und Agitation! Die Agitatoren und Beamten des Unternehmertums würden in ihrer großen Gergensgüte die Interessen der Arbeiter ja ganz unumst mittler—treten, wenn die Arbeiter sich nur recht brav das Fell über die Ohren ziehen lassen wollten.

Bezahl müssen ja schließlich die Agitatoren der Unternehmern auch werden, aber ihnen werden doch nicht die der Arbeiter Agitatoren gehören „grandios“ Stimmten in den Hals geworfen. So wird z. B. der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Auec, kaum mehr als M. 15 000 pro Jahr beziehen, während einige Stellungschreiber für die den Unternehmern geleisteten Dienste sich schon mit der Neben einnahme von M. 10 000 bis M. 12 000 begnügen.

Noch kühmerlicher, möchte man sagen, geht es einigen Beamten der Gewerkschaften, die in „Meinungen“ gleichfalls agitatorisch tätig sind. Diese Herren beziehen überhaupt kein Gehalt, es sind „unbesoldete Ehrenämter“, die sie ausüben und sie müssen sich mit geradezu jämmerlichen „Entschädigungen“ begnügen. So erhält der Vorsitzende der Norddeutschen Holz-Verwerksensgenossenschaft, Herr Badanus, jährlich M. 15 000, und der Vorsitzende Gahn von der Sude-Verwerksensgenossenschaft M. 12 000. Der Vorsitzende Bante von der Tiefbau-Verwerksensgenossenschaft erhält M. 10 000, die auf M. 15 000 erhöht worden wären, wenn es die Aufschätzbezüge nicht verboten hätte. Bei der Norddeutschen Baugewerkschafts-Verwerksensgenossenschaft

bei der unfer Schwertler, Baumkeller, Felisch Vorsitzender ist, erhalten fünf ehrenamtliche Leute A. 30 000.

Wann gehen denn endlich den Arbeitern die Augen auf? ... Unternehmerrgewinne. Der Schaller Gruben- und Güttenverein macht von Jahr zu Jahr bessere Geschäfte...

Ein feines Geschäft haben eine ganze Reihe der verschiedenartigen, sächsischen Kleinunternehmungen im verflochtenen Geschäftsjahre 1898/99, wie die diesbezüglichen Geschäftsberichte nachweisen, gemacht.

Table with 4 columns: Firm name, 1898/99, 1897/98, 1896/97. Rows include Vallenstein, Carbinenwerke, etc.

Der gesamte Kleinverdienst - also ohne die schon abgerechneten reichlichen Abschreibungen - beträgt bei diesen zehn Unternehmungen insgesamt A. 8 895 912.

Was in diesen Unternehmungen die dort beschäftigten Arbeiter verdienen, wie die Fabrikrechnungen sind, die Arbeitszeit usw. ist, davon vertritt alle die Berichte nichts.

Was dem Reichsversicherungsamt. Eine Bauwerks-Versicherungsgesellschaft hatte die Rechte eines Verlehten so festgelegt, daß sie nicht den tatsächlichen täglichen Arbeitsverdienst zu Grunde lege...

Tage des Arbeitsmarktes. Die ersten leisen Anzeichen einer ungünstiger werdenden Situation sind auf dem Arbeitsmarkte bereits zu bemerken. Während von August zum September der Andrang der Arbeitssuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweiser abzunehmen pflegt, hat er diesmal, wie die Berliner Halbmonatschrift, 'Der Arbeitsmarkt' mitteilt, zugenommen: Auf 100 offene Stellen waren im August nur 92,5 Arbeitsuchende gezählt, im September aber 98,9.

Die die Welt durchziehende Geldberührung ist auf die Möglichkeit gewerblicher Unternehmungen ebenfalls ihren Einfluß zu dem Goldabfluß nach den Vereinigten Staaten hat sich nach Afrika (für Zwecke der Kriegserklärung) hingeleitet.

berziti berichtet, daß infolge der Geldberührung angesehene Kaufmann in Schwierigkeiten gerieten und nur durch großes Entgegenkommen vor dem Zusammenbruch noch bewahrt werden konnten.

Allerdings stehen den beschäftigten Arbeitern die fortwährend erfreulichen gegenüber. In den letzten Monaten ist der Güterverkehr so angelockert, daß z. B. am Rhalter Bahnhof in Berlin Güter zeitweise zurückgewiesen werden mußten.

Gegen die Zuschauvorlage.

Der bekannte Münchner Professor und Nationalökonom Ruzo Brentano hat am jüngst in Göttingen stattgehabten Delegiertenrat der National-Sozialen einen Vortrag gehalten, in dem er sich scharf gegen das geplante Zuschauengesetz aussprach.

Die Frage aber, zu deren Erörterung wir hier versammelt sind, ist von einer überwältigenden Bedeutung. Zeit einem Jahre steht sie auf der Tagesordnung, und es bleibt kein Haushalt in diesem großen Reich, in dem sie nicht lebhaft erörtert würde, keine Gasse, für welche die Entscheidung, die über sie getroffen wird, nicht verhängnisvoll oder verhängnisvoll wäre.

Sie ist aber, was wir alle unsere Gegener, die uns Jahreshundert in den Hintergrund gedrängt hatten, politisch überlegen haben, ein wirtschaftlicher Aufschwung, wie ihn die deutsche Nation noch nie gesehen hat, bietet uns die Gewähr, daß diese politische Stellung, die wir erreicht haben, von Dauer sein wird.

Sie und ich, wir finden es begreiflich, daß diese Millionen nicht bereit sind, eine solche Ungerechtigkeit über sich ergehen zu lassen, ohne voll Entschlossenheit ihre Stimme dagegen zu erheben.

Inwiefern bedrängt aber der 10. §. des Arbeiterrechtes die deutsche Arbeiterklasse?

Sie alle wissen, daß unser Arbeitsrecht an einer schreienden Unmöglichkeit leidet. Es geht davon aus, daß die Arbeitsbedingungen in einem freien Vertrag zwischen Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter übereinstimmen würden.

mit Durchschnittselbstleistungen begabten Arbeiter ist, wo diese einzeln auftreten, völlig einflußlos auf das Arbeitsangebot.

Daher haben die Arbeiter sich zusammengethan, sich zu airt. Sie zahlen regelmäßige Beiträge in eine Kasse, aus der diejenigen, welche nicht die Arbeitsbedingungen, auf die sie nach der Marktlage Anspruch erheben können, erhalten, so lange sie arbeitslos sind, Unterstützung empfangen.

Die Gesetzgebung hat sich der Anerkennung dieser Thatsachen nicht zu entziehen vermocht. Sie hat daher im § 162 Absatz I der deutschen Gewerbeordnung die frühere Verbote und Strafbestimmungen gegen Verabredungen und Vereinigungen der gewerblichen Arbeiter zum Zweck der Erlangung günstiger Löhne und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit, aufgehoben.

Es liegt auf der Hand, daß die Arbeiter, um das Angebot ihrer Waare zu regeln zu können, daß sie einen Einfluß auf deren Preis auszuüben vermögen, möglichst umfassen organisiert sein müssen.

Sodann liegt gleichfalls auf der Hand, daß es den Arbeitern nur möglich ist, das Angebot ihrer Arbeit durch Verabredungen zu regeln, wenn diese Verabredungen getroffen werden.

Nun wäre es weit gefehlt, darin eine besondere Auszeichnung der Arbeiterklasse zu erblicken, daß der Gesetzgeber von ihr etwa erwarde, daß Beiträge, welche, wenn von Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen über andere als Lohnfragen abgeschlossen, rechtlich geschützt sind, von ihr auch ohne solchen Schutz geboten würden.

In der ganzen Welt gilt derjenige, der ein Versprechen nicht hält, als ein Schuft, und überall im bürgerlichen Leben denkt man weitergehend von dem, der aus egoistischen Motiven die Interessen seiner Kameraden opfert.

sofern sie keine Belegschaft enthält oder die etwa darin enthaltene Belegschaft nur geringfügig ist; nach § 168 der Gewerbeordnung aber diejenige, der einen Anderen durch Gehörverletzung zu bestimmen versucht, an Lohnabrechnungen teilzunehmen, oder zu hindern sucht, davon zurückzutreten, unter allen Umständen mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Ein Streikender, der einen vorgelegten Mitarbeiter, der weiter arbeitet, nicht mehr grüßt, kann somit bis zu drei Monaten Gefängnis erlitten. Ein Beispiel aus der Wirklichkeit: Als ein Streikender einem Streikbrecher sagte, „es sei nicht hübsch, alten Kollegen in den Rücken zu fallen“, wurde der völlig unbescholtene Mann wegen Gehörverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Obgleich der Richter auf die ungleiche strafrechtliche Behandlung der Arbeiter gegenüber den Angehörigen der anderen Klassen hingewiesen, fährt er fort: „Wären der Gesetzgeber beugigt sich nicht damit, daß er Lohnabrechnungen für rechtlich unverbindlich erklärt, es genügt ihm nicht, Handlungen, welche von Anderen begangen, straflos sind, wenn von Arbeitern gelegentlich eine Arbeitsentziehung oder Auspöcherung verübt, straflos zu machen; er fährt die Ungleichheit weiter: dortliche Vergehen und Verbrechen, wenn von Anderen gelegentlich der Wahrung ihrer berechtigter Interessen begangen, dürfen milder beurteilt zu werden; dagegen gilt es als ein erst durch Vergehen und Verbrechen von Arbeitern im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen verübt worden. Nun bin ich gewiß dafür, daß allen Vergehen und Verbrechen mit strenger Ahndung begegnet wird; allein es verstößt gegen das elementare Rechtsgefühl, daß Arbeiter, die im bitteren Kampfe um die Festlegung eines Verzehrs- oder Verdiensts sich schuldig machen, flüchtiger als diejenigen sind, welche den übrigen Gesellschaftsklassen zugehört zu werden pflegen, härter als diese bestraft werden sollen.“

Das ist der Rechtszustand, wie er heute schon gilt. Selbst die Verfasser der Zuchthausvorlage haben sich der Einsicht nicht verschlossen, daß diese Rechtszustand mit unseiner elementaren Rechtsanschauung im Widerspruch steht.

Dies habe auch der Verfasser der Zuchthausvorlage eingesehen, sagt Brentano, denn der § 4 Abs. 3 der Vorlage enthalte gegenüber dem heutigen Zustand eine Verbesserung. Alle übrigen Ausnahmefeststellungen für Koalitionen würden nicht nur beibehalten, sondern noch vergrößert, indem das Maximum der Strafandrohung von Gefängnis bis zu drei Monaten auf Gefängnis bis zu einem Jahre erhöht wird.

Am ungerechtesten aber ist die ungleiche Behandlung von Arbeitsverfassern und Arbeitsführern beim Kampf um die Regelung des Arbeitsangebotes mit Hilfe von als sich unannehmlichen Mitteln. Ich meine die Haltung vor Polizei, Rechtsprechung und jetzt auch der Zuchthausvorlage gegenüber dem Streikpolenstreifen.

Bei einer Arbeitsentziehung oder Ausspöcherung sucht die eine Partei der anderen ihre Vertragsbedingungen aufzuzwingen. Der Erfolg der Arbeiter hängt davon ab, daß die Arbeitgeber keine Arbeiter zu anderen als den Bedingungen der Arbeiter finden; der Erfolg der Arbeitgeber, daß die streikenden Arbeiter dadurch, daß sie nirgendwo anders angenommen werden, zur Unterwerfung genötigt, eventuell daß ihr Angebot durch das anderer Arbeiter ersetzt werde. Die Arbeitgeber haben es leicht, den ersten Zweck zu erreichen. Sie können einander; das Adressbuch enthält ihre Namen. Es ist daher für sie leicht, untereinander in Verbindung zu treten. Mittelst des Telephons und Postkopierschriften, welche die Namen der streikenden oder ausgespöchernden Arbeiter enthalten, zu verhindern sie, daß diese anderswo beschäftigt werden. Um den zweiten Zweck zu erreichen, suchen sie sich Arbeiter meist von anderen Orten zu verschaffen. Oft wird das ganze Land nach Arbeitern durchsucht und die durch Bedingungen, deren Genuß oder Mißbrauch sie nicht zu bewußten Vermögen, Genommen werden auf Kosten der Arbeitgeber hergestellt, um an Stelle der streikenden Arbeiter zu treten. Es kommt sogar vor, daß ausländische Arbeiter zu diesem Zwecke herangezogen werden. Bei den Arbeitern dagegen hängt der Erfolg lediglich ab von der Güte ihrer Organisation. Wo sie gut organisiert sind und die Organisation die große Mehrheit der Arbeiter eines Verzeics in einem Lande umfaßt, da ist allen Arbeitern bekannt, wo ein Arbeitsmittel stattfindet, und es ist selbstverständlich, daß die Arbeitgeber keine Arbeiter vom Ufer der Feiern finden; der Erfolg hängt hier lediglich ab von der Größe der von den Arbeitern angewandten Mittel. Daher denn die befortwährende englischen Gewerkschaften das Postensuchen kaum mehr für nötig erachten. Wo die Organisation der Arbeiter noch mangelhaft ist und namentlich bei allen ungerichteten Verrichtungen, bei denen jeder Arbeiter den anderen entgegen kann, haben die Feiern kein anderes Mittel, um andere Arbeiter von einem Arbeitskampf zu verdrängen, als das Postensuchen und die Bespöcherung. Wenn Postensuchen werden Arbeiter in die Nähe der gesperrten Arbeitsstellen oder auch auf Wohnhöfen angestellt, um diejenigen anzuweisen, welche dem Anse der Arbeitgeber Folge leisten, ohne von dem Arbeitskampfe zu wissen. Die Arbeiter haben als Regel nicht den Wunsch, ihre Genossen zu unterbieten. Gälten sie von dem Arbeitskampfe gewußt, so wären die Waisen zu Sayle geblieben. Es ist nun Aufgabe der Posten, die Zuwandernden von dem staufnfindenden Arbeitskampfe zu unterrichten, ihnen die Beschwerden, um die es sich handelt, mitzutheilen, sie zur Umkehr zu überreden und ihnen das zur Beilegung nötige Heißgeld zu bezahlen. In all dem kann, sofern keinerlei Gewalt zur Anwendung kommt, etwas Unrechtes nicht erlitten werden. Ferner ermöglicht dieses Postensuchen, so konstante, so feine Arbeiter, der Streikunterstützung erhält, nicht gleichzeitig auch Lohn vom Arbeitgeber, indem er, der Vereinbarung untreu, für diesen arbeitet, erwalt. Endlich werden die Feiern in den Stand gesetzt, sich davon zu überzeugen, ob die Arbeitgeber Arbeiter erhalten, welches daher der vorantstehliche Erfolg sein wird und ob es demnach angezeigt ist, Feiern zu schließen oder nicht. Hand in Hand mit diesem Postensuchen gehen Mitteilungen in der Presse, wie: dort und dort findet Arbeitsentziehung statt, verbunden mit der Aufforderung, Zugang abzuhalten.

Welche Wirkungen das Zuchthausgesetz haben werde, wird dann von Brentano weiter ausgeführt und zum Schluß macht er dann einige Vorschläge zur Sicherung des Koalitionsrechts. Dieselben lauten wie folgt:

1. Es ist dringend nötig, daß jene Gesetze, wonach in einzelnen deutschen Staaten Berufsorganisationen der Arbeiter als politische Vereine behandelt werden und ihnen die Verbindung untereinander untersagt ist, aufgehoben werden.

2. Ein neues Gesetz über Einigungsverfahren ist nötig, wonach das Einigungsamt aus Vertretern beider Parteien der unmittelbar am Streite beteiligten Gewerbe zu bestehen hat, auch soll das neue Gesetz den Behörden die Befugnis geben, ein Einigungsverfahren einzuleiten.

3. Der § 168 Abs. 2 der Gewerbeordnung ist zu bejähren, dagegen soll der § 165 der Gewerbeordnung lauten: „Die Festlegung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetze begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft. Eine solche Uebereinkunft kann nicht bloß von einzelnen Vertretern, sondern auch von Korporationen von Gewerbetreibenden und von Korporationen von Arbeitern mit Bindung für ihre Mitglieder rechtlich verbindlich abgeschlossen werden. Wo immer eine Korporation von Arbeitgebern oder Arbeitern die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder vereinbart, haftet das Korporationsverfahren für die Erfüllung dieser Arbeitsbedingungen seitens ihrer einzelnen Mitglieder.“

4. An Stelle des bisherigen § 158 der Gewerbeordnung ist zu bestimmen, daß alle Vergehen und Verbrechen, begangen am Arbeitgeber oder Arbeiter, um ihn zur Teilnahme an Verhandlungen oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu verhindern oder von der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten, nach Maßgabe der Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches bestraft werden sollen.

So anerkennt man die tiefere Liebe des bürgerlichen Geistes auch in, glauben wir doch darauf hinweisen zu sollen, daß der Kampf um die Sicherstellung des Koalitionsrechtes von den Arbeitern selbst durchgeführt werden muß. In dieser Erkenntnis selbst denn auch schon im Jahre 1890 die Vertreter der Arbeiter im Reichstage einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung eingebracht, der unter anderem folgenden § 154 enthält:

„Unternehmer und Hilfspersonen können zur Förderung ihrer gewerblichen Interessen in Vereinigungen zusammentreten. — Vereinigungen, welche den Zweck haben a) die Löhne- und Arbeitsverhältnisse, sei es auf dem Wege freier Vereinbarung zur Verbesserung der gewerblichen und geistigen Ausbildung ihrer Mitglieder in's Leben zu rufen; b) Sachwissen und Wissenschaften für Arbeitslose und Zuwanderer oder Gewerbesgenossenschaften zum Nutzen ihrer Mitglieder zu bilden — sind den laubestgehenden Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungswesen nicht unterworfen.“

Sie wird also mit aller möglichsten Sorgfalt das Koalitionsrecht gegen die Besitzthümer sicher gestellt und reaktionären Angriffen ein Mittel vorgehalten.

Unternehmer-Versammlungen.

Die Baunnternehmer Deutschlands, soweit sie in der „Baugewerks-Vereinsvereinschaft“, im Innungsverband deutscher Baugewerksvereine“ und im „Arbeitsverband für das Baugewerbe“ korporiert sind, hielten ihre diesjährigen „Tage“ in Karlsruhe am 7., 9. und 10. Oktober ab.

Aus den Verhandlungen der Berufsvereinsvereinschaft ist bemerkenswert, daß die Herren mit großer Selbstgefälligkeit hervorhoben: die Arbeiter könnten mit den Entschädigungen der Berufsvereinsvereinschaft, betreffend Festlegung der Entschädigungen, sehr wohl zufrieden sein. Die Herren stellen sich das Zeugnis aus, daß die Berufsvereinsvereinschaften äußerst sorgfältig und gewissenhaft bei den Vorarbeiten für die Feststellungen der Entschädigungen verfahren und bei der Feststellung selbst gerecht und human handeln.

Aus diesen Erörterungen heraus protestierte die Versammlung dagegen, daß den Berufsvereinsvereinschaften die Entschädigungsfestlegung abzunehmen und einer anderen, noch unbekanntem Institution zu übertragen ist.

Dann beschäftigte sich die Versammlung mit der Unfallversicherung. Der Herr Herr Erbherb-Gerber führte aus: Es hätte sich zwischen den staatlichen Beamten und den Berufsvereinsvereinschaften ein unerwartliches Verhältnis herausgebildet. Dies liegt daran, daß sich Unfallversicherungsbeschränkungen der Berufsvereinsvereinschaften mit denen des Staates nicht decken. Wohlgefallen wurde eine Resolution, in der verlangt wird: „Der § 139 b der Gewerbeordnung soll eine Verminderung erfahren, nach welcher durch Anordnung der Landesregierung die Aussicht im Eingangsverhältnis mit den Berufsvereinsvereinschaften die entsprechende Mitwirkung der Berufsvereinsvereinschaften bei der staatlichen Unfallversicherungsbefreiung; die Anstellung einer Anzahl technisch ausgebildeter Beauftragter durch die Berufsvereinsvereinschaften zur Überwachung der Betriebe.“

Auch der Besatzungsfrage spielte eine Rolle auf dem Berufsvereinsvereinschaftstagen. Ein Redner meinte, auf die Besatzung der Bauten keine verzichtet werden, wenn der Besatzungsfrage für das Baugewerbe eingeführt sei. Demgegenüber richtete der Vertreter des Reichsversicherungsamtes, Geheimrat Gref, das Entgegen die den Verband der Baugewerks-Vereinsvereinschaften, doch schon jetzt nach Möglichkeit die Unfallversicherung zu verbessern.

Bemerkenswert ist schließlich noch, daß beschlossen wurde, im Falle einer Änderung des Baunnternehmer-Vereinsgesetzes dahin zu wirken, daß der § 99 Abs. 2 folgenden Wortlaut erhält: „Ist der Vertrag zu der Zeit, als er den Unfall erlitt, ein Ausländer, so kann ihm die Genossenschaft für seinen Entschädigungsanspruch mit dem dreifachen Betrage des Jahresrentes abfinden.“

Genau kam eine Abfindung nur eintreten, wenn eine Arbeitsentziehung über die Höhe der Entschädigung erzielt wird.

Der Innungsverband scheint hauptsächlich getagt zu haben, um für die Zuchthausvorlage zu demonstrieren. Der Innungsverband in Stuttgart-Wein bezeugt, daß „unser Stand“ nicht energig genug für die Vorlage eingetreten sei. Redner empfahlen folgenden Antrag:

„Der Delegiertenrat muß sich bei dem deutschen und bayerischen Handwerkerbunde beschlossene Petition zu eigen, mit dem Bittge: Der unterzeichnete Verband richtet an den Reichstag die Bitte, derselbe möge den Entwurf bei der weiteren Beratung in einer Fassung zum Gesetz erheben, in dem der

Grundgedanke der von den Bundesregierungen eingebrachten Vorlage zum Ausdruck kommt.“

Nachdem unser Freund Maß-Braunhchweig noch die Professoren Brentano, Wagner und Schmolzer befragt und Dank gesagt die Bestrafung des Streikpolenstreifen als erstes Erfordernis hingestellt hatte, wurde der vorstehende Antrag einstimmig angenommen.

Die Generalversammlung des „Arbeitsverbandes“ hatte mit dem Bauarbeiter-Kongress das Schicksal gemein, daß sie auf die Ehre verzichten mußten, Vertreter der Reichsregierung in ihrer Mitte zu sehen. Die Herren Staatssekretär des Innern und der Minister für Handel- und Gewerbe hätten auf Ersuchen der Bundeshäupter um Entsendung von Vertretern zu dem Verbandstagen in Karlsruhe erwidert, daß es die Geschäftslage dieser Behörden nicht gestalte, dem Wunsche zu entsprechen.

Hingegen theilte das Ministerium des Innern zu Karlsruhe auf ein gleiches Ansuchen mit, wenn irgend anginge einen Vertreter zu den Verhandlungen entsenden zu wollen.

Ueber die Verhandlungen des Bundes lassen wir nachstehend den Bericht unseres Spezial-Korrespondenten folgen:

Erste Generalversammlung des Arbeitsverbandes deutscher Baugewerksvereine.

Karlsruhe, Dienstag, 10. Oktober, 9½ Uhr, Vorm. Festlich-Berlin. Eröffnet die Sitzung, die von über 200 Teilnehmern besucht war, mit einer Ansprache etwa folgenden Inhalts: Die Gründung eines Arbeitsverbandes für das Baugewerbe ist keineswegs so leicht, wie wir uns im vorigen Jahre in Breslau vorgestellt haben, sowohl die Gründung wie vor allem die Befestigung eines solchen Verbandes gegenüber der gewaltigen Macht der Arbeitnehmer, die sich seit Jahren in Interessengemeinschaften geeinigt haben. Dieser gewaltigen Macht entgegen zu treten, bedarf es einer ganz anderen Kraft und Ausdauer, einer weitestlichen größere Einigkeit und Opferwilligkeit, als sich diese Eigenschaften bis jetzt bei uns gezeigt haben. Als ich in Breslau schon zum Bundesvorstand ernannt wurde und nach der schönen Rede meines Freundes Simon, der die Angelegenheit in Breslau anregte und die Notwendigkeit eines solchen Verbandes dargelegt hatte, da erklärte ich, daß ich durchaus nicht zu dem Bestimmen gehörte, ich mußte aber auch, daß starke Verbände nicht aus dem Erdboden gestampft werden können; ich weiß auch, daß das, was im letzten Jahre geschieht, noch nicht aufgehoben für die Zukunft sein kann, die Vertreter des Baugewerks sind noch nicht reif, einen solchen Verband ins Leben zu rufen; und da wurde mir erwidert, es ist eine reife Frucht, die wir nur zu pflücken brauchen. Das war allerdings eine sehr optimistische Auffassung, denn ganz anders als bisher müssen die Kollegen zu Werke gehen, wenn ein entgegengesetztes, wollen wir etwas erreichen. Wenn nicht ein Jeder in seiner Gemüths für uns eintritt und arbeitet, dann können wir uns bald hinführen. Wir müssen uns ganz anders rüsten, als dies bisher geschehen. Gute Sprache ist notwendig, braucht große Mittel, das möchte ich Ihnen in der letzten Eröffnungssprache an das Herz gelegt haben. Ein Jeder hat die Pflicht, in seinem Kreis zu sorgen, daß alle Kollegen heran geholt werden. Der Arbeitsverband kann nicht nur eine moralische Macht spielen, wir müssen vor allem eine große materielle Macht werden, denn es kommen in Deutschland 20-25 000 Baugewerksvereine in Betracht, von denen mindestens 1/3 sich uns anschließen müssen, wenn wir etwas durchsetzen wollen und wenn wir verbinden wollen, daß nicht Kollegen die Früchte unserer Arbeit ernten und uns in den Rücken fallen. Ideale Interessen vertreten wir nicht! Wir vertreten das Ansehen und die Macht, den Kampf um das eigene Sein. Jetzt giebt es für uns kein Zurück mehr, ein Aufbilden kommt einem Unterlegen gleich. Wir werden Alles verlieren, wenn der Bund nicht zu einem glücklichen Ende geführt werden kann. In diesem Sinne eröffne ich die Versammlung.

Nach der Konstituierung des Bureau's berichtete Festlich sodann über die Entwicklung des Bundes in folgenden Ausführungen: Am 15. März d. J. wurde der Verband konstituiert. Es traten damals 30 Verbände bei, zwei davon traten schon im Verlauf der nächsten Woche wieder aus, und zwar der Verband von Fern-Meyn und Strauß. Die Vertreter waren elf weitere Verbände, die sich aber damals nicht entschließen konnten, beizutreten und dies auch bis heute nicht gethan haben. Von denselben sind nachträglich nur ein Band und die zwei Verbände beigetreten. Sodann haben sich infolge der Agitation ihres Vorstandes 28 weitere Verbände dem Verband angeschlossen, bis jetzt sind 57 weitere Verbände beigetreten. Das Resultat ist folgendes: Es bestehen zur Zeit 67 Lokalverbände, davon sind 41 aus beigetreten, aber von diesen 41 haben bis vor fünf Tagen nur 18 ihre Verpflichtungen erfüllt. Ueber Beiträge sind eingelaufen, noch hat man auf Anfragen geantwortet. Meine Herren! Was die Agitation betrifft, so ist gesehen, was überaus möglich war. Derselbe besteht darin, daß wir die sämtlichen Verbandssitzungen, circa 800 an der Zahl, wiederholt aufforderten, dafür zu sorgen, daß die einzelnen Mitglieder sich zu Lokalverbänden vereinigen und damit dem großen Verbände beitreten. Alle haben die Agitationschriften erhalten, sowohl die Arbeitgeberverbände, wie auch die ehrenamtlichen Organe der Berufsvereinsvereinschaften. Wir haben auch Statuten ausgearbeitet und ein Normales für die Lokalverbände, so daß es eine leichte Aufgabe ist, Lokalverbände zu bilden. Wennfalls ist an alle Mitglieder die Aufforderung ergangen, keine Gesellen zu beschäftigen, die aus Streikorten kommen. Ferner ist aufgeführt worden, die Meister müßten nicht um Gesellen anwerben, weiter wurde mitgeteilt, die einzelnen Meister müßten über die entstehenden Streiks an den Bundesvorstand Mitteilung machen. Auch diesem Wunsche ist nach seiner Richtung entsprochen worden. Wenn irgendetwas ein Streik zum Ausdruck gelangt, wandern die Gesellen in die nächsten Orte, und wenn sie dortselbst willige Aufnahme finden, dann füllen die Arbeitgeber mit Ausnahme dieser Arbeiter nur die Streikreifen der Arbeiter (11). Wenn dafür sich kein Verständnis zeigt, dann sage ich, schon an diesem Zustand allein scheitern alle Bestrebungen unserer Verbände. Wir haben Arbeitsordnungen, ausgegearbeitet, Verträge entworfen, Entlassungsdeine verhandelt, aber große Erfolge haben wir nirgends bis jetzt erreicht. Am 6. Juli sind die Adressen zum Verband gelangt, durch welche man italienische Arbeiter

beziehen könne. An den Bundesrat sind weitere Aktien...

haben zu unterfragen: Wie sind die Streiks gefahrt worden...

zu lernen, wir müssen die Verbände in sich kräftigen, das ist...

dies nicht der Fall, werden die Verträge auf der anderen Seite...

3. Adamann-Berlin: Es war gar nicht so, daß der Arbeitgeber...

4. Heller-Augsburg: Nur durch gemeinsames Vorgehen haben wir...

Baugewerbliches.

* Pöhlertätigkeit der Bauarbeit. Augsburg. Ein schwerer Baufall ereignete sich am Freitag, 18. d. M., Mittags...

* Der Einsturz eines Kellergewölbes in Berlin. In Nr. 41 uneres Blattes stellten wir mit, daß in dem Neubau...

* Pöhlertätigkeit der Bauarbeit. Augsburg. Ein schwerer Baufall ereignete sich am Freitag, 18. d. M., Mittags...

von fünf Kindern. Die gerichtliche Feststellung des Falles an...

3. Adamann-Berlin: Es war gar nicht so, daß der Arbeitgeber...

4. Heller-Augsburg: Nur durch gemeinsames Vorgehen haben wir...

* Der Einsturz eines Kellergewölbes in Berlin. In Nr. 41 uneres Blattes stellten wir mit, daß in dem Neubau...

Erst 10 Minuten nach 1 Uhr gelangten die Bergungs-

Der Parier Wilhelm Schneider war kurz vor dem

Nachdem die Leichen der beiden Verunglückten nach dem

Führen darauf, Anzuweteln die beiden Gebäute auf Anweisung...

Die Bauhätigkeit in der Schweiz im Jahre 1898.

Z. Der Schweizerische Gewerbeverein hat in seinem Jahres-

Die Darstellung der Bauhätigkeit erstreckt sich auf die

Table with columns for years 1899, 1898, 1897, 1896, 1895, 1894, 1893, 1892, 1891, 1890 and rows for various Swiss cities.

Die Gesamtzahl der Wohnhäuser in den 16 Städten

Table with columns for 'Jahrl. der Wohnhäuser' and 'Jahrl. der Einwohner' for years 1898 and 1899, listing cities like Zürich, Basel, etc.

Die größte Vermehrung, die sich fast einer Verdoppelung

Die Dichtigkeit der Wohnbevölkerung in den Wohnhäusern

Mit 1872 neuen Wohnhäusern steht das Baujahr 1898

Daran werden in dem vorliegenden Berichte verschiedene

*) Stadt und Banton Genf.

nicht in un sinnige Spekulation ausartet. Es wird nun aus dem aufgelisteten Staat der Gehalt gezogen, daß die Bauhülften nirgends das Wohnungsbedürfnis wesentlich überschreiten dürfen.

Tropfen muß der Bericht zugeben, daß auch das Spekulationsfeber in nicht geringem Grade auftrat und in mehreren Städten die bekannnten schlimmen Nachwirkungen in Gestalt der Nichtbegleichung von Miethausbesitzern und Bauhandwerkern, der vermehrten Nachfrage nach Geld und Steigerung des Zinsfußes z. A. äußerte, daran werden die Forderungen der gesetzlichen Sicherstellung der Gehalt von Bauhandwerkern und einer zeitgemäßen Hypothekreform geknüpft.

Geklagt wird sodann noch über die schlimmen Zustände im Submissionswesen; aber die allzugenöhrte Konkurrenz von notorischen Puffern, ausländischer Herkunft (ohne ein Bißchen Chaubinnus geht es natürlich nicht ab. Z.); über die Galt bei der Ausführung der Bauarbeiten, die in kürzester Frist erfolgen soll; über die stetige Steigerung der Preise der Baumaterialien und der Arbeitslöhne (Z.); über den Mangel tüchtiger einzelner Parlierer und Arbeiter, während an untauglichen Arbeitern und Sandhärnern eher Überfluß sei; da die Tendenz herrscht, Minimallöhne einzuführen und die Arbeitslöhne möglichst zu nullifizieren, findet der tüchtige Arbeiter nicht mehr den seinen Fähigkeiten entsprechenden höheren Erwerb, er verliert daher den Muth und Eifer, sich beruflich weiter auszubilden (Was, na! Der Berichterstatter stellt sich da wohl etwas dümm.). Minimallöhne sind keine Normallöhne, sie sind keine Scharfste nach oben, sondern nur nach unten, sie hindern also nicht, den tüchtigen Arbeiter einen solchen Lohn zu geben, der sich bedeutend über den Minimallohn erhebt und seinen Fähigkeiten entspricht. Nur keine Verschleierung! Z), und endlich darüber, daß wenige Handwerksmeister mehr Lust haben, Lehrlinge heranzubilden, weil der Mangel an genügendem Gehalt des Lehrmeisters einerseits oder zu weitgehender Lehrlings- und Arbeiterkündigung andererseits, sowie die üblichen geringen Lehrgelder mehr Sorgen und Mühen als Gewinn und Anerkennung einbringen.

Es das ein griechischer-Verlecherlatter mit der zweifelteltesten Weltanfert! Da nicht die ganze Welt eifertig für die Interessen der Unternehmer gestellt werden kann, so ist Alles schlecht und faul, deshalb auch werth, daß es zu Gründe geht. Der Sommermitel soll sich begraden lassen und der öffentlichen Erörterung vorhältlicher Fragen fern bleiben. Für Speichbänger ist die bekannnte gefährliche Vierkantpolitik bei Ausschluß der Defensivität die passivste Weisheit, da aber eines Mannes Rede keine Aede und man billig hoffen soll alle Worte, wäre es sehr wünschenswerth, wenn der schweizerische Maurerverband und der Gewerkschaftsband über alle die hier berührten Verhältnisse vom Standpunkte des Arbeiters aus berichten würden.

In Anbetracht der all gemeinen Darstellung der Verhältnisse werden sodann diejenigen in den einzelnen Baugewerken beproben. Wesentlich der Baumaterialien wird ausgeführt, daß man den bedeutenden Anstieg an solchen (Bruchsteine, Kies und Sand, Gips, und Holzleime, Zehn, Industralischer Kalk z.) erheblich eingesparten konnte durch Erhöhung der defizitlichen inländischen Produktion. In der Ziegel- und Dachtafelindustrie, die früher die besten Gewinne und Dividenden, bis zu 18 pL, abwarf, aber auch nach 1898 sehr gut rentirte, brach die Ueberproduktion, begünstigt in den Zement-, Kalk- und Gipsfabriken, deren es 1897 66, mit einer Gesamtproduktion von 620 Millionen kg, gab.

In dem die Mauerer betreffenden Abschnitt wird die Abnahme der Bauhülften in Zürich und Bern betont, während sie in Freiburg um Zunahme eher zugenommen hat. Immerhin haben auch da, wo weniger Bauten unternommen wurden, die größeren Baugeschäfte für sich keinen Mangel an Geschäften, Hülften zu verzeichnen, sondern nur eine vermehrte Konkurrenz und härteren Druck auf die Lieferungspreise, während das Sinken der Baumaterialienpreise kaum sichtbar war. Man muß, um den gleichen Verdienst wie früher zu finden, drei bis vier Mal mehr Arbeit aufwenden. Manche Bauunternehmer hatten große Verluste bei Spekulationsbauten und glauben sich nun, noch nicht gewöhnt, durch billige Preisofferten erholen zu können, ohne lange nach der Kreditwürdigkeit des Bauherrn zu fragen. Der Unternehmergewinn wird ferner erheblich beeinträchtigt durch das stete Steigen der Arbeitslöhne. Die Tendenz, Minimallöhne zu erzwingen, ist zwar fast überall bereitwillig worden, auch haben die Lohnarbeiter in Verchtsjahre nirgends eine direkte Erhöhung erfahren, sondern sind seit zwei bis drei Jahren gleich geblieben; dennoch müssen tüchtigen Arbeitern, um sie behalten zu können, fortwährend Zulagen bewilligt werden.

Da kann man schon fast nicht mehr nur von Wiberführungen, etwa eine Folge der Überflichtigkeit und Galt bei der Abschaffung des Berichtes reden, sondern von abgebrühter Verlogenheit. Zuerst soll der Unternehmergewinn erheblich beeinträchtigt werden durch das stete Steigen der Arbeitslöhne und gleich darauf wird in Uebereinstimmung mit den Thatsachen konstatirt, daß die Löhne seit 2 bis 3 Jahren gleich geblieben sind. Ist eine unveränderliche Verlogenheit schon dagesewen? Ferner wird hier angegeben, daß man den tüchtigen Arbeitern fortwährend Zulagen machen mußte, um sie behalten zu können, und in der allgemeinen Beschreibung der Bauhülften wird der Mangel an tüchtigen Parlierern und Arbeitern auf die verhassten Minimallöhne zurückgeführt, weil dabei der tüchtige Arbeiter nicht mehr den verdienten höheren Erwerb finden iwu. Die eine Behauptung hebt die andere auf. Wenn schon gelogen und entlicht sein muß, dann sollte es doch mit etwas größerer Geschicklichkeit und nicht in so alberner und plumper Weise geschehen. (Schluß folgt.)

neubau in Oldenburg im Großherzogthum, Dinstoch in Jerslohn, Reisk und Geb. Eder (Wohnebau) in Speyer, Raune in Hamburg, Berger in Hildburghausen, Herr. Rühler in Gollnow, Tant, Kumm. Jäd und Wandrey in Podelsch, Künje in Torgelow, Georg Bauer und Valentin Lemm in Breschenheim.

Zuzug ist weiterhin fern zu halten von Dresden, Bad Nauheim und Widaau.

Der Streik der Berliner Buger ist vorläufig aufgehoben, der Kampf ist damit aber nicht beendet. Die Mehrheit der Unternehmer, die Bugarbeiten zu vergeben haben, hat die Forderungen der Buger anerkannt. Um auch diejenigen Unternehmer, welche noch nicht bewilligt, in Zukunft aber Bauten zu pugen haben, zur Anerkennung der Forderungen bewegen zu können, beschloß eine Versammlung am Dienstag, den 10. Oktober: Jeder Kollege, welcher Bugarbeit annimmt, ist auch ferner verpflichtet, den Bedarf unterzeichnen zu lassen, ebenso verpflichteten sich die Buger von Berlin und Umgebung, nach wie vor strenge Kontrolle auf den Bauten darüber zu üben, ob die gefassten Beschlüsse auch gehalten werden. Die Versammlung spricht ferner die Erwartung aus, daß die vorhandenen oder sich herausstellenden Mängel sofort der Kommission gemeldet werden, damit dieselben abgestellt werden können. Nach dem Bericht der Lohnkommission kann man sagen: der Streik hat mit einem glänzenden Siege der Arbeiter geendet, der Tagelohn von 11, 8 und die öfentliche Arbeitszeit sind gesichert und werden auch, wenn die Buger geschlossen zusammenschließen, für die Zukunft erhalten bleiben.

Der Zustand in Kolberg wurde am Mittwoch, den 11. Oktober, beendet. Der Stundenlohn wurde durch Vereinbarung auf 42 g (Kolonnenhöhe 2 g pro Stunde) festgesetzt. Die Vereinbarungen gelten bis zum 1. April 1901, und wird eine sechsseitige Kommission, bestehend aus drei Gesellen und drei Unternehmern, über die Ansetzung des Vertrags wachen. Durch diesen Vergleich ist auch wohl ein für alle Mal festgestellt, daß von einem Vertragsbruch der Mauerer, wie es die Unternehmer erst daraufhin beifchten, keine Rede sein kann. Tropfen geht die „Maurerzeitung“ in ihrer neuesten Nummer auch in diesem Falle mit dem Gespannt des Vertragsbruchs fauliren, indem sie eine Notiz der „Kolberger Volkszeitung“, aus der alles Andere als Wahrheit spricht, ohne Kommentar nachdruckt. Die „Kolb. Volksz.“ schreibt:

„Der Verhalten der Arbeitnehmer ist unheimlich, zumal es jetzt in den Winter geht und die Arbeit dann von selbst aufhört. Diefes Verhalten ist ein frivoler Kontaktsbruch, um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen. Das haben die Arbeitgeber bauen, daß sie sich mit den Arbeitnehmer überhaupt auf Verhandlungen eingelassen haben.“ „Grüßer Finger, dann die Hand“ lautet bei ihnen die Devise. – Versagt man den Arbeitern noch von gewisser Seite goldene Biegel, verspricht sie Leute, welche wissen, daß sie das Bedrohene nie zu leisten haben werden. Es ist eben leicht, von Nachbars Grundstuck etwas zu verprechen. Wann werden die Arbeitnehmer endlich dies einsehen und die Hand zu einem ehrlichen Frieden heben?

Eine Widerlegung dieses Erassles der Kolberger Schreibselce enthält sich. Es genügt, festzustellen, daß die Kolberger Unternehmer auf die Zulassung des Lokaltarifes in diesem Frühjahre mit keinem Worte geantwortet haben. Die Lohnkommission der Gesellen wurde als Luft behandelt von den Herren Meistern. Darum kam eine Vereinbarung nicht zu Stande. Nun, da die Vereinbarung perfekt geworden ist, wird es keinem Mauerer in Kolberg einfallen, Forderungen zu stellen, die vor Ablauf der Vertragsfrist in Kraft treten sollten.

Von Nordberner ist nichts Neues zu melden. In Wänden ist in der letzten Woche die Zahl der Streikbrecher bedeutend größer geworden. Von 35 Zuschehenden, die aus der Gegend von Pyramont kamen, nahmen 25 die Arbeit auf.

Sehr viele Streikbrecher haben sich in Gannau und Offenbach eingefammelt. Immerhin können die Unternehmer ihren Bedarf an Mauerern noch lange nicht decken. In Offenbach (S. N.) sollte ein Kollege gemahregelt werden. Darauf legten sämtliche Kollegen auf dem betreffenden Bau die Arbeit nieder. Anderen-Tages wurde die Maßregelung zurückgenommen und damit die Arbeitseinstellung beendet.

Mit Maßregelungs-Gesellen tragen sich die Unternehmer in Gannau i. W. Dem Wohlwollendsten unserer Zahlstelle wurde sein Arbeitsverhältnis aufgekündigt. Auf die Frage: „Aus welchem Grunde?“ antwortete feir „Arbeitgeber.“ „Meister Vönningshausen habe die Unternehmer auf einer Versprechung zusammenberufen und in dieser Zusammenkunft sei es ausgesagt worden, ihn, den Wohlwollendsten, arbeitslos zu machen.“ Vorher schon waren die Arbeitskollegen des Wohlwollendsten befragt worden, ob sie Tags zuvor in der Mauerervereinbarung gewesen seien und wer sie eingeladen habe. Später wurde unserem Kollegen angeboten, er könne weiter arbeiten, wenn er sein Amt als Wohlwollendster der Zahlstelle niederge. – Wenn die Unternehmer die Maßregelung aufrecht erhalten, dürften sie damit wohl einen für sie recht unangenehmen Kampf herauszuföhren.

Der Unternehmer Berger in Hildburghausen, der seine Mitglieder des Mauererverbandes beschuldigen will, sucht Erjag in Böhmen. In Geger und Umgebung reise er acht Tage umher, und ist es ihm auch geglückt, drei „Arbeitswillige“ zu ergattern. Die Kollegen allerorts werden rühmend erjacht, den Zuzug nach Hildburghausen streng fern zu halten. Von der Zahlstelle Wrenzhelm wurde über die Bauten bei Wauppere berichtet.

aus London wird uns geschrieben, daß 15 dänische Mauerer die Arbeit niederlegten, weil sie vom Parlier (ihrem Landsmann) um einen Theil des Lohnes betrogen wurden. Der „Parlier“ heißt W. H. Ab Nicolaen, ist eigentlich Tischler und spricht gut englisch und deutsch. Der Mann schämt sich aber hauptsächlich seines Namens, denn er nennt sich jetzt: Antonio Anderson. Da die dänischen Kollegen beschließen, daß der saubere Herr Mauerer aus Deutschland herauszuziehen suchen wird, sei hiermit auf ihn aufmerksam gemacht. Die Arbeit befindet sich in London, Kronenhaus St. Ann's Road Seven Sisters Station South Tottenham London N.

* Aus Ropenhagen wird berichtet, daß über das Geschäft des Bauunternehmers Johansen in Ringsted in Speere

berührt ist. Er hatte Arbeiter in Strals aufzuführen und hat hier den Mauerern den ererbten Ueberfluß nicht ausgegalt. Die dänische geperrt wurde das Baugeschäft S. A. Riksenen & A. Andersen in Strals. Diese Unternehmer weigern sich, die getroffenen Vereinbarungen zu unterschreiben. In Nykøbing (Gallie), Raskob, Tackrups, Kalborg, Silbo, Strals, Bøndersted und Fjeldsted ist nur wenig Arbeit und infolge dessen die ledigen Kollegen schon abgereist. Arbeitsgelegenheit ist vorhanden in Viborg, Aarhus, Aeste, Ringsted, Raskob und Copenhagen. Alle zurreisenden Kollegen wollen sich vor Arbeitsannahme an die Verantwortlichen der Vereine wenden.

Der nordische Bauarbeiterverband (Norwegen) er sucht um Fernhaltung des Zuzuges, da eine große Krisis vorhanden ist.

Aus unserer Bewegung.

(Redaktionschluss für Versammlungsberichte und Eingekandte Montag's Abends 8 Uhr.)

Zur Beachtung für alle Zahlstellenverwaltungen und Vertrauensmänner.

Wo italienische Mauerer arbeiten, muß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden, diese über die Lage der Mauerer Deutschlands anzuführen, damit sie nicht als Streikbrecher von Ort zu Ort reisen. Zur Agitation unter den italienischen Arbeitern und zur Belehrung über den Stand unserer Lohnbewegung verwenden wir nach den in Frage kommenden Orten die italienische Arbeiterzeitung „L'Operaio Italiano“.

„L'Operaio Italiano“ erscheint alle 14 Tage achtfertig, ist in der Postzeitungsliste unter Nummer 0, 65 eingetragen und kostet im Postabonnement pro Quartal 75 g. Der Centralverband der Mauerer liefert seinen Zahlstellen nicht nur die für die italienischen Mitglieder notwendigen Exemplare kostenlos, sondern auch eine entsprechende Anzahl Exemplare zur Agitation. Die Einföhrung und zuverliefliche Verbreitung dieses Blattes unter den italienischen Mauerern und Bauarbeitern ist unter allen Umständen nothwendig. Bestellungen sind an die Expedition des „Grundstein“ zu richten:

Wittlichungen für den „L'Operaio Italiano“, besonders eilige, sind zu richten an O. Wolf, Gannburg 6, Marktstr. 15, 2. Et. Redaktionschluss: Montag's Mittags.

Die Nr. 20 des „L'Operaio Italiano“, welche mit der Nr. 42 des „Grundstein“ vom Versand kommt, hat folgenden Inhalt: In die Bauarbeiter-Zeitung „Edilizia“ in Turin. – Die Streiks in Deutschland, 1898. – Aufruf an die italienischen Baugewerkschaften in Glatz-Lothringen. – Die Konferenz der süd händischen Mauerer: – Lohn- und Streikbewegung. – Unglücksfälle auf Bauten. – Verschiedenes vom In- und Ausland.

Am Sonntag, 8. Oktober, im Lokale des Herrn Albert Schmitt in Dypau abgehaltenen Kreis Konferenz der Agitation der Kubwigshäuser war von sämtlichen Zahlstellen besetzt. Auch diese Maßregeln waren anwendig, besonders von der Zahlstelle Dypau. Der letztere kann man wohl annehmen, daß der erste Punkt der Tagesordnung: Die Lohnbewegung in Kubwigshausen und die Folgen davon, dieselben zu dem guten Besuche veranlaßt. Ueber diesen Punkt referierte Kollege S. Herborn von Frankfurt a. M. In ihrer fünftägigen Rede besprach derselbe den Zweck der Bewegung, wobei er auch die Arbeitslosigkeit in scharfer Weise kritisirte. Mehrere führten noch an, daß die Lohn- und Agitationskommission in Kubwigshausen bei dem Streik ihre Pflichten voll und ganz erfüllt hätte und daß bloß die Mauerer selbst an der Niederlage den größten Theil der Schuld zu tragen hätten, da nur sie es waren, welche die Forderungen illusorisch machten; er ermahnte jedoch, dem Verbands treu zu bleiben und für denselben zu agitieren. Dem wenn auch die Forderungen nicht nach dem Geschmack eines jeden Kollegen waren, würde die Zeit doch einmal kommen, wo ein geregelter Stundenlohn, sowie gänzliche Befreiung der Mauerarbeit von einem Bunde angestrebt werden würde. Bei der hierauf folgenden heftigen Debatte wurden von den Dypauer Kollegen die Ausführungen des Referenten widerslegt und behauptet, die Lohnkommission sei Schuld daran, daß der Streik verloren ging, da dieselbe nicht vom Mauerer Rechnung getragen hätte, sondern bloß das ausgeführt habe, was in einigen Versammlungen beschlossen wurde. Die oben genannten Kollegen wurden unter Anderem auf die Versammlung in Kubwigshausen verwiesen, in welcher auch Kollege Wömelburg anwesend war. In dieser Versammlung stimmten 317 Kollegen für die Befreiung der Mauerarbeit und nur 21 stimmten dagegen.

Es wurde hierauf folgende inwärtige eingegangene Resolution beraten und auch einstimmig angenommen:

Die am 8. Oktober in Dypau versammelten Delegirten der Zahlstellen des Agitationsbezirks Kubwigshausen sprechen ihr Bedauern über die Interessenlosigkeit einer großen Anzahl von Kollegen aus, durch welche die Errungenschaften der diesjährigen Lohnbewegung sehr in Frage gestellt werden und verpflichten sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, die Organisation mehr und mehr auszubauen, um den drohenden, immer härteren werdenden Kämpfen ernstlich die Stirne bieten zu können.

Die Delegirten sind im Weiteren der Ansicht, daß die bestehende Mauerarbeit ein großes Gemüth in der Förderung unserer Bestrebungen bildet, und machen es sich die Delegirten deshalb zur Hauptaufgabe, für die Befreiung derselben einzutreten, da nur hierdurch den Arbeitgebern das Mittel entziffen wird, willkürlich ihre Ausbendung fortzuführen.

Dem zweiten Punkt: Welche Einrichtungen sind nothwendig, um eine stete geregelte Agitation zu ermöglichen? wurden die Anwesenden inwärtlich ermahnt, mehr für die Organisation zu agitieren, sowie auch das Baubertrauensmännerthum einzuföhren. Besonders wurde den Delegirten an's Herz gelegt, bei ihren Zahlstellen dahin zu wirken, daß für den Streikfonds mehr geleistet wird. Ein hierzu gestellter Antrag, den Streikfondsbeitrag von 10 g pro Woche obligatorisch einzuföhren, wurde abgelehnt. Ein zweiter Antrag, dahingehend, die Einföhrung des Baubertrauensmännerthums den Lohnkommissionen in Speyer, Kubwigshausen und Neustadt zu überlassen, wurde angenommen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Mauerer.

Angeseperrt sind die Verbandskollegen in Alzey und Wyrth in Wormern.

Am Streik befinden sich die Mauerer in Hannau, Münden i. W., Nordberner und Offenbach a. M.

Speeren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Lampö, Mehter und Brinckmann in Baubezirk Langenselde. Stellingen-Gidelstedt-Vollstedt, Jamer und Seeger in Reuzelle, Grofe & Sohn in Girstenberg a. d. O., Post-

Nach einer sechsständigen Tagung schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Konferenz.

Agitationsveranstaltungen. Am Mittwoch, den 4. d. M., referierte Kollege Nietsche in Berlin in der Vereinsversammlung über die Verhandlungen der Zwangsvereinbarung gegenüber den Verhältnissen. Als Delegierter zu der Provinzialkonferenz wurde Kollege Karpin als gewählt.

In Straßburg fand am Dienstag, den 10. Oktober, eine öffentliche Agitationsveranstaltung statt. Hierüber schrieb Kollege Schmalz in Straßburg. Die Verhandlungen der Zwangsvereinbarung gegenüber den Verhältnissen. Als Delegierter zu der Provinzialkonferenz wurde Kollege Karpin als gewählt.

Vertrag in der nächsten Versammlung zu sorgen, da er beabsichtigte, in derselben einen Vortrag über den Leipziger Streik zu halten.

Am Dienstag, den 8. d. M., hielt die Bezirksversammlung in der Hülshofstraße eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher die Entlassung und der Ausgang der Sperre am Schulhausneubau zur Beratung stand.

Am Dienstag, den 10. Oktober, tagte bei Feuß in Elberfeld die regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst erklärte Kollege Muth, daß er entlassen sei, sein Amt als erster Bevollmächtigter niederzulegen.

Aus Hannover erhalten wir folgende Erklärung: In der Nr. 41 des "Grundstein" finde ich einen Bericht aus Minden, welcher behauptet, daß der Vertrauensmann für Hannover-Gruben erklärt habe, "der Streik in Minden sei beendet".

Am Donnerstag, den 5. Oktober, Nachmittags 6 Uhr, tagte in Bad Nauheim eine öffentliche Maurerverammlung.

Am Sonntag, den 1. Oktober, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Bezirksstelle Oberrieden statt, welche sehr gut besucht war.

Am Sonntag, den 3. d. M., fand in Gießen eine öffentliche Agitationsveranstaltung statt. Hierüber schrieb Kollege Schmalz in Gießen.

Am Montag, den 3. d. M., fand in Gießen eine öffentliche Agitationsveranstaltung statt. Hierüber schrieb Kollege Schmalz in Gießen.

In Solale des Herrn Bergmann zu Wobescheming tagte am 29. September eine gut besuchte öffentliche Tagung, in welcher Kollege Walzer aus Dortmund referierte.

In Regenbürg referierte am 8. d. M. Kollege Muth in München. Zwei Kollegen traten dem Verbände bei.

Am 10. Oktober fand in Delfenhoff eine Mitgliederversammlung statt. Durch den Eintritt verschiedener Kollegen beim Militär waren einige Stellen in der Leitung entstanden.

Am 10. Oktober fand in Delfenhoff eine Mitgliederversammlung statt. Durch den Eintritt verschiedener Kollegen beim Militär waren einige Stellen in der Leitung entstanden.

Am Dienstag, den 3. Oktober, tagte in der Zentraloberberge in Ghebo die monatliche Mitgliederversammlung, welche mäßig besucht war.

Am Dienstag, den 3. Oktober, tagte in der Zentraloberberge in Ghebo die monatliche Mitgliederversammlung, welche mäßig besucht war.

Am Sonntag, den 8. Oktober, fand in Streßfeld eine öffentliche Maurerverammlung statt; als Referent war Kollege Spiegel aus Hülshofen anwesend.

Am Sonntag, den 8. d. M., tagte in Wombach eine Mitgliederversammlung. In derselben wurde beschlossen, die vier anwesenden ausgeschlossenen Mitglieder, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben, den 16. resp. 6. Freitag zu besetzen.

Am Sonntag, den 8. d. M., tagte in Wombach eine Mitgliederversammlung. In derselben wurde beschlossen, die vier anwesenden ausgeschlossenen Mitglieder, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben, den 16. resp. 6. Freitag zu besetzen.

Am Sonntag, den 1. Oktober, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Bezirksstelle Oberrieden statt, welche sehr gut besucht war.

Am Sonntag, den 3. d. M., fand in Gießen eine öffentliche Agitationsveranstaltung statt. Hierüber schrieb Kollege Schmalz in Gießen.

Am Sonntag, den 8. d. M., tagte in Wombach eine Mitgliederversammlung. In derselben wurde beschlossen, die vier anwesenden ausgeschlossenen Mitglieder, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben, den 16. resp. 6. Freitag zu besetzen.

Am Sonntag, den 8. d. M., tagte in Wombach eine Mitgliederversammlung. In derselben wurde beschlossen, die vier anwesenden ausgeschlossenen Mitglieder, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben, den 16. resp. 6. Freitag zu besetzen.

Statutur.

Bodum. Am 7. Oktober fand hier eine öffentliche Statuturversammlung statt, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte.

In der Diskussion, an der sich Gfninge-Samburg (Maurer), König, Bernbach, Gimmann, Wint, Köster und Sattler beteiligten...

Frankfurt a. M. Am 8. d. M. tagte hier eine öffentliche Versammlung der Stuktureure... In der Diskussion...

Samburg. In der Mitgliederversammlung vom 4. d. M. wurde zunächst vom Vorsitzenden der benachteiligten Kollegen in Köln gedeutet...

Frankfurt a. M. Am 12. d. M. tagte hier eine öffentliche Versammlung der Stuktureure...

Samburg. In der Mitgliederversammlung vom 4. d. M. wurde zunächst vom Vorsitzenden der benachteiligten Kollegen in Köln gedeutet...

Köln. Am 8. Oktober fand eine Generalversammlung der hiesigen Filiale statt...

Am Sonntag, den 16. Oktober, tagte eine außerordentliche Generalversammlung der Filiale II, Passaden...

Stuktureure, mit der Tagesordnung: 'Wahl einer Lohnkommission'. Nachdem den verschiedenen Kollegen der Filiale I auf die Wichtigkeit der Tagesordnung aufmerksam gemacht...

N.B. Der Vorstand der Filiale Köln II ersucht diejenigen Filialen, die Tarife über Zementarbeiten in Händen haben...

Literarisches. Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Dieb Verlag) ist jenseit das 2. Heft des 18. Jahrganges erschienen...

Briefkasten. Ludwigshafen, S. Wir müssen Sie dringend ersuchen, künftig das Unterrichten einzelner Satzhefte oder ganzer Sätze zu unterlassen...

Abrechnung über den Maurerstreik in Friedrichroda. Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Jahnitz. Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Garburg (Elbe). Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Gommern (Steinbrucharbeiter). Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Sangerhausen. Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Sorau. Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Friedrichroda. Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Jahnitz. Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Garburg (Elbe). Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung über den Maurerstreik in Garburg (Elbe). Einnahme. Aus dem Zentralstreiffonds...

Abrechnung

über den Maurerstreik in Lambach.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure) with sub-items like Reiseunterstützung and Druckkosten.

unterstützung auszahlen müssen, haben Kollegen zu bestimmen, welche die Unterstützung auszugeben haben. Am besten ist es, wenn der Zahlstellenleiter Betrag bekannt wird.

Plafate zum Zwecke der Bekantgabe lassen wir in diesem Jahre nicht anfertigen.

Die Reiseunterstützung kann nur an solche Kollegen gezahlt werden, die sich mit Verbandsbuch und einer dem Vorstand angelegten Reisekarte legitimieren können.

Die Reisekarten werden vom 15. November an ausgestellt und zwar für Kollegen, die mindestens ein Jahr Mitglied sind und ihren Verbandsbeitrag für dieses Jahr, voll und mindestens M. 6 zum Streikfonds gezahlt haben.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Bromberg, Querfurt, Schönhausen, Mecklitz, Gölzheim, Stolpen, Lina, Barck, Lindenan, Wöhltingen, Witten.

Zum Vertrauensmann

wurde ernannt: Aug. Strobel für Querfurt, Rich. Wagner für Wöhltingen.

Nach verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Wilsch, Boltes (Buch-Nr. 3770), Weigand Werner (Buch-Nr. 32982), Wilsch, Schultze (Buch-Nr. 4101), Claus Jensen (Buch-Nr. 056 533), Gustaf Iron (Buch-Nr. 0 104 934).

Ausgeschlossene

wurden auf Grund § 15a resp. b des Statuts von den Zahlstellen: Kluge-Weber (Buch-Nr. 069821); Liebert; Lud. Pöbeler (Buch-Nr. 15 492); Neumann; F. Fiedler (Buch-Nr. 8); Hildebrandt; Robert Werner (Buch-Nr. 066 560), Anton Seidel (Buch-Nr. 066 559), F. Angermann (Buch-Nr. 066 557), Carl Scheininger (Buch-Nr. 066 567), Rud. Mogert (Buch-Nr. 066 564); Elberfeld; Heine, Deismann (Buch-Nr. 097 056), Christ. Hofmann (Buch-Nr. 097 086), Paul Werner (Buch-Nr. 097 088), Ludwig Weis (Buch-Nr. 097 098), Gustaf Fuchs (Buch-Nr. 097 102), Heine, Wid (Buch-Nr. 097 118), Paul Wiese (Buch-Nr. 097 160), Eduard Baumann (Buch-Nr. 097 164), Gustaf Döringewitz (Buch-Nr. 097 176), Edm. Schorr (Buch-Nr. 112 843), Karl Kominski (Buch-Nr. 112 845), Heine, Johann (Buch-Nr. 112 851), Emil Spiegel (Buch-Nr. 112 855), Heine, Sommer (Buch-Nr. 112 858), Joh. Grillinghöcker (Buch-Nr. 112 882), Karl Mehe (Buch-Nr. 79 775), Siegfried Wagner (Buch-Nr. 084 818), Joh. Haas (Buch-Nr. 084 822), Franz Schlicher (Buch-Nr. 097 066), Heine, Jile (Buch-Nr. 097 069), Franz Schmiedemann (Buch-Nr. 112 894), Ferd. Debetler (Buch-Nr. 112 874), Wendelin Reinbach (Buch-Nr. 087 148), Lorenz Müller (Buch-Nr. 080 212), Wilsch, Hieronymus (Buch-Nr. 080 209), Wilsch, Seelbach (Buch-Nr. 080 200), Robert Wacker (Buch-Nr. 080 299), August Hoffmann (Buch-Nr. 084 309), Julius Molnes (Buch-Nr. 081 811), Karl Steinbrink (Buch-Nr. 112904), Heine, Meyer (Buch-Nr. 112911), Wilsch, Wot (Buch-Nr. 084 822), Heine, Grillinghöcker (Buch-Nr. 084 822), Bernhardt Bröder (Buch-Nr. 084 814), Eduard Aitel (Buch-Nr. 084 856), Heine, Wilsoit (Buch-Nr. 084 859), Josef Matthes (Buch-Nr. 084 899), Josef Grau (Buch-Nr. 084 882), Ludwig Garmann (Buch-Nr. 080 228).

Aufforderung

Die Mitglieder Wilsch, Wendt (Buch-Nr. 038 876) und Rudolf Müller (Buch-Nr. 02 242) haben sich noch den uns zugegangenen Mitteilungen Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen. Wendt in der Zahlstelle Stiel und Mühlberg in der Zahlstelle Stiefel.

Berichtigung

Kollege Weigand Werner (Buch-Nr. 32982), Mitglied der Zahlstelle Langitz, ist nicht ausgeschlossen, wie in Nr. 40 des Grundstein bekannt gegeben wurde, sondern er hat sein Mitgliedsbuch verloren.

Der Vorstand

J. M. T. B. B. e. l. b. u. r. g., Vorsitzender.

Hauptkasse.

Von der übrigen Verwaltung in Griesheim b. Darmstadt M. 606, Dortmund 487,20, Burg b. Magd. 391,52, Würzen 890, Weifenfels 856,28, Rendsburg 213,40, Rajewall 204,50, Gelsbach 190, Jüterbog 183,60, Güterlee b. Prettin 171,52, Wolmirstedt 157, Ober-Müritzen 156,84, Dülben 150, Müllisch 150, Gollitz b. Wolmirstedt 144,36, Mühlheim a. d. Mühe 137,95, Krefeld 135,68, Lindow 123,55, Neuzelle 123, Norden 105,84, Halle a. d. Saale 100, Langenberg b. Gera 98,40, Prettin 91,02, Sandle 85,55, Dönnauhen 85,04, Herberg 82,78, Spandau 76,12, Eile 74,74, Frieda b. Schwenge 73,30, Grabow-Mecklitz 69,42, Wismar 69,04, Schwansee 66,60, Niederlitzers 59,55, Ungen b. Grewen 59,04, Dahlen i. S. 55,78, Wartenau 55, Königberg i. d. Bernaue 46,97, Weisenberg (Waldenforde) 40,80, Witten i. Hannover 40, Colmar i. Gif. 40, Preßburg 19,52, Bremerhaven 78,42, Leipzig 800, Forst i. d. Lausitz 885,40, Weisenberg 353,50, Frankfurt a. d. D. 350, Dessau 300,05, Rumbach 249, Kirchow b. Hamburg 237,62, Gr.-Vieltefeld 244,56, Nordhausen i. Gera 180,80, Rallenholzhausen 166,33, Glücht 160, Gelsenkirchen 143, Zwickau 136,95, Preßburg 142,25, Seufstamm 129,83, Gießen b. Scheideitz 121,05, Göttingen 116,20, Schopfack 114,28, Piffenriede 92,20, Solingen 89,10, Dhlau i. Schlesien 88,33, Köln a. Rh. 65,96,

Münster i. W. 85,71, Ronneburg 85,21, Worsheim 84,80, Neckerau 81,75, Rudowitz 76,87, Gr.-Bulda b. Gießen 76,88, Prettin i. Prettin 76,68, Freienwalde 67,70, Zimmernrode am Garz 66, Frauenstein 65,80, Gannover b. Gauß-Weizig 65,05, Deuten (Kreis Gießen) 64,74, Friedrichsdorf 66,88, Brügge 66,04, Müdenscheid 49,80, Sachsenfeld 45,12, Kretschitz 45,12, Weisshardt 44,23, Ohren 38,80, Dieburg 36,55, Döberitz 34,40, Garz auf Mügen 34,24, Schönhausen 33,26, Mühlberg 28,75, Friedeberg (Neumark) 24,78, Namslieb 25,52, Raaren b. Naun 23,60, Teurobe 21,05, Hainhausen 19,86, Witten 19,28, Neudamm 6,52, Werder a. d. Saale 225,41, Mühlberg 197,60, Großauken 188,25, Dönnau 175,35, Ueckermünde 188,82, Pöten 159,20, Krefeld b. Gießen 158,48, Schwepfurt 152,86, Bongenriede 138,99, Lina i. M. 134,12, Mariendorf bei Berlin 127,16, Alt-Schauenburg 122,75, Götze i. M. 110,95, Göbenheim 103,75, Rheine i. M. 96, Gonsenheim 91,90, Gollitz 90,28, Freiburg i. Br. 88,80, Götting 79,78, Glienburg 76,84, Zempelhof 75,40, Radobitz b. Tübingen 71,86, Grotzfeld 61,65, Wöhltingen 61,18, Gellman 60,45, Müllers b. Ostsch 67,61, Serdingen 51,80, Egein 49,74, Nordhamm 48,90, Brunsbüttel 40,40, Frankfurt a. D. 34,50, Strausberg 33,80, Brand 29,40, Wornitz 27,22, Kirchwarder 26,99, Krafau, Gräfenhainichen 21, Mühlhau i. S. 15,12, Eriberg 6,95, Magdeburg 1402,65, Berlin II 989,85, Witten 434,85, Wilsch 255,85, Schwerin i. Meckl. 221,10, Markranstädt 192,60, Mühlhau 188,83, Mühlhau 175,60, Wierthal 189,06, Born a. S. 154,89, Fürstberg i. Meckl. 120,80, Dönnau i. Hessen 116,05, Müller 107,22, Schwachhausen 114,90, Waltershausen 109,25, Barleben 95,95, Trepow a. d. Rega 94,86, Schmölitz 83,70, Mannhof 77,65, Dönnau 75,40, Mühlhau-Franzburg 63,12, Rellingen 60,60, Gräfenhainichen 69,52, Sönderburg 58,08, Pfingstfeld 47,94, Eggenil 46,82, Joachimsthal 42,12, Schütz a. Main 32,78, Jessen, Weg. 32,65, Range i. Meckl. 29,24, Götting 26,48, Neustadt 25,28, Ankum 24,08, Friedland 21,92, Müllers, 15,80, Sietlin 1290,64, Essen a. d. Ruhr 516,20, Landsberg a. d. Warthe 479,38, Trensburg 259,20, Wrieg i. Schief. 289, Mühlberg 251,60, Mühlheim a. d. Mühe (Güter) 60, Gaarden 189,28, Danzig 171,75, Eufchem 164,65, Müllhof 159,68, Weichen 158,95, Frankfurt a. S. 149,71, Gransberg b. Frankfurt a. S. 129,35, Straßburg i. Elsaß 123,02, Guben 111,70, Mühlhau a. Main 94, Ppenrode 86,80, Köln a. Rh. 110, Mühlberg 80,55, Niederndobelen 80, Gameln 78,52, Alt-Mühlhau 75,68, Groß-Ammenleben 70,76, Mühlberg 61,88, Stargard i. P. 56,98, Gellingsen 54,88, Mühlheim a. Rh. 54,36, Seide 53,84, Weihen 44,10, Bergfeld 35,25, Mühlhau 33,60, Müllhau 29,80, Wamerow 25,85, Leisnig i. S. 31,35, Neustadt 21,60, Frankfurt a. M. 1253,87, Mühlhau 479,45, Götting 412,90, Kollheim 321,20, Gera 297,33, Mühlhau 291,33, Weiden 291,70, Schleißing 252,80, Mühlhau (Gaardi) 247,52, Mühlhau 237,85, Halle a. d. S. 206,24, Barby 191,08, Delmenhorst 184,50, Friedenheim 172,26, Dönnau 171,88, Hof 169,89, Eifenberg 167,39, Jena 167,07, Jena 162,21, Mühlhau 157,25, Mühlhau 152,55, St. Johann 140,08, Sonnberg i. Th. 110,80, Graau b. Magd. 108,45, Einshorn 100, Lemgo 100, Münster b. Dieburg 99,88, Treuenbrietzen 98,80, Pletznitz 94,90, Schwefisch a. d. Gif. 92,40, Mühlhau bei St. Jakob 89,20, Oppeln 88,95, Grewen 87,74, Neuenberg 81,04, Fürstwald 80, Lötzen 79,40, Eichenheim 75,20, Habermehlen 71,44, Gera 71,36, Apolda 67,75, Gutzberg 66,80, Berlin 65,65, Walsrode 62,55, Oberhölzfeld 61,80, Zeterow 57,50, Grotzsch 55,40, Suhl 52,40, Trier 44,88, Weimar 44,61, Travemünde 41,15, Gr.-Mühlhau 46,88, Mühlhau 40,80, Dönnau 36,80, Dönnau-Mühlhau 34,80, Dönnau i. Mühlhau 32,32, Seegehe 25,50, Werra a. d. S. 22,88, Wierich 22,35, Mühlhau 21,45, Müllhau i. Meckl. 18,84, Wöhlhau i. Mühlhau 12,15, Halle i. Th. 10, Krefeld i. Meckl. 6,40, Wergeborn 1,99, Hamburg 1892,09, Köln a. Rh. 77,89, Münster i. W. 83,60.

Streikfonds

Dortmund M. 288,96, Burg b. Magd. 240,28, Würzen 655,44, Kassel 200, Wachenau 50, Spandau 42,44, Weifenfels 178,40, Rendsburg 74,80, Rajewall 106, Jüterbog 146,20, Güterlee b. Prettin 29,20, Wolmirstedt 103,12, Dülben 2,10, Gollitz b. Wolmirstedt 77,92, Mühlhau a. d. Mühe 74,60, Krefeld 37,28, Lindow 6,70, Neuzelle 3,70, Norden 26,36, Langenberg b. Gera 16, Prettin 12,68, Suhl 27,40, Gelle 13,90, Grabow i. Meckl. 1,60, Wismar 23,58, Müllhau b. Götting 24,28, Wartenau 13,20, Mühlhau (Neumark) 2,24, Wöhltingen i. Hann. 2,71, Forst (Laus.) 25,78, Wendenburg 183,92, Dessau 118,40, Rumbach 106, Kirchow b. Hamburg 4,80, Nordhausen 52, Rallenholzhausen 21,28, Glücht 86,56, Gelsenkirchen 62,40, Zwickau 56,44, Preßburg 7,99, Gießen b. Scheideitz 67,88, Solingen 20,32, Köln a. Rh. 37,46, Mühlhau i. Meckl. 61,84, Ronneburg 28,64, Worsheim 12,82, Rudowitz 10,60, Götting 81,44, Freienwalde 23,76, Frauenstein 12, Gannover b. Gauß-Weizig 18,20, Friedrichsdorf 2,10, Brügge 25,76, Weisshardt 3,80, Döberitz 22,40, Schönhausen 5,92, Mühlberg 6,78, Friedeberg (Neumark) 8,88, Namslieb 2,48, Raaren b. Naun 8,52, Hainhausen 6,60, Neudamm 15,48, Reufals a. d. Ober 31,48, Werder 124,68, Dönnau 91,80, Ueckermünde 68,68, Pöten 40,82, Krefeld b. Gießen 35,04, Schwefisch 23,12, Lina i. M. 39,76, Mariendorf bei Berlin 72,55, Alt-Schauenburg 45,90, Götze i. M. 81,52, Göbenheim 18,86, Rheine i. M. 4, Gollitz 4,80, Freiburg i. Br. 5,20, Glienburg 65,36, Egein 81,76, Nordhamm 27,92, Brunsbüttel 40,8, Strausberg 20,97, Wadel 22,24, Wornitz 12,08, Krafau i. Meckl. 3,20, Sietlin, Wredow, Pommerensdorf 1448,48, Frankfurt a. D. 31,20, Wiltberg-Mühlhau-Mühlhau durch Sülzer 100, Leipzig 55,89, Trepow a. d. Rega 129,36, Magdeburg 1281,04, Schwefisch i. Meckl. 72,80, Markranstädt 71,86, Mühlhau 25,86, Born a. S. 104,88, Fürstberg i. Meckl. 17,12, Müller 49,86, Schwachhausen 11,10, Warten 76,60, Schmölitz 9,90, Rellingen 8,84, Sönderburg 31,44, Eggenil 19,76, Range i. Meckl. 8,32, Neustadt 2,57, Ankum 5,52, Landsberg a. d. Warthe 107,60, Essen a. d. Ruhr 92,61, Trensburg 28,60, Mühlhau 275,20, Gaarden 38,84, Danzig 77,66, Müllhau 18, Frankenberg i. Siedsen 85,80, Straßburg i. Elsaß 13,28, Guben 114,40, Ppenrode 35,52, Wierich 29,20, Niederndobelen 80, Gameln 13,86, Mühlhau 34,64, Gr.-Ammenleben 32,96, Mühlhau 20,74, Stargard i. Pommern 5,60, Gellingsen 13,20, Mühlhau a. Rhein 30,72, Seide 5,40, Bergfeld 3,28, Mühlhau 3,28, Mühlhau 23,92, Gera 233,12, Mühlhau i. Wöhlhau. - 60, Mühlhau 199,80, Halle a. d. Saale 88,96, Schleißing 51,28, Barby 110,88, Königs-Wartenhausen 461,09, Friedenheim 30, Delmenhorst 87,40, Dönnau 26,70, Hof 18,58, Eifenberg 69,90, Jena 50,18, Zeitz 98,96, Bitterfeld 67,20, St. Johann 29,04, Graau

Abrechnung

über den Maurerstreik in Schöningen.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure) with sub-items like Reiseunterstützung and Druckkosten.

Lambach, den 29. Juni 1899.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren:
August Schmidt, Richard Jäger, Karl Gellhardt.
Für die Streikkommission:
Friedrich Bier, Friedrich Ziefel, August Lips.

Schöningen, den 28. September 1899.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren: R. Könnendendorfer, R. Westphal.
Für die Streikkommission:
Willyhelm Schoppemann, Heinrich Meyer, Adolf Köhler, Ernst Küncke.

Zentral-Verband

der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Sitz Hamburg.

Bekanntmachung

Die Beitragseinsammlung soll laut Beschluß des letzten Verbandstages allgemein eingeführt werden. Da, wo es noch nicht geschehen, ist das Verfaßte nachzuholen.

Am Jahresschlusse werden wir feststellen, inwiefern die Zahlstellen dem Verbandstagsbeschluß Rechnung getragen haben.

Die Quartalsabrechnung

für das 3. Quartal ist, soweit es noch nicht geschehen, sofort einzulegen. Ebenfalls ist in der Abrechnung aufzuführen und für die Hauptkasse bestimmter Gelder.

Zur Beachtung für die Revisoren und Zahlstellenverwaltungen.

Die Revisoren werden hiermit angefleht, der jetzt aufzustellenden Quartalsabrechnung wiederholt auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht.

In Fällen, wo Unregelmäßigkeiten vorkommen, werden wir die Revisoren mit zur Mithaften ziehen, wenn sich herausstellt, daß die Revision mangelhaft war.

Das Letztere gilt auch für die Verwaltungen. Etwaige Unregelmäßigkeiten sind uns sofort zu melden, damit wir gegen die ungetreuen Kassierer vorgehen können.

Die Tabelle

über die statistischen Erhebungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands ist noch in größerer Anzahl vorhanden. Diesen Kollegen, die sich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufscollegen in ganz Deutschland informieren wollen, müssen sich in den Besitz einer solchen Tabelle setzen, denn ein besseres Mittel zur Information giebt es nicht.

Der Preis ist sehr minimal, er beträgt nur 40 M. Wir sehen Bestellungen entgegen. Bei Einzelbestellungen bitten wir, den Betrag gleich mit einzulegen.

Reiseunterstützung

wird in diesem Jahre erst vom 1. Dezember an ausbezahlt. Alle Zahlstellen, die auf Grund des § 6 des Statuts Reiseunterstützung...

bei Magdeburg 70,20, Elmshorn 40, Lemgo 10,75, Münster bei Dieburg 9,75, Treuenbriegen 12,80, Bielzig 32,50, Greifswald 12,16, Fürstentum 70, Heister 14, Gerbenheim 12,84, Guxhagen 18, Walzkrode 2,60, Teterow 14,72, Großsch 9,20, Frier 18,20, Weimar 24,20, Trabenthöhe 17,68, G.-Wulde 11,88, Altmersleben 23,80, Dahlenburgerstein 25,80, Bären-im-Rhinland 2,45, Segeberg 8,50, Bierz a. d. Höhe 5,92, Wiederitz 4,20, Ranitz — 60, Gredesmühlern 8,40, Wolgast 16, KÖn a. Rh. 22,91.

Für Protokolle vom V. Verbandstage in Berlin.

Griesheim 5, Darmstadt 12,50, Weipensfeld 5, Sintersee 5, Breitin 7,50, Wismar 1,75, Brieswalk 1,25, Nordhausen 1,25, Gessentirchen 3, Obdenheim 4,25, Köln a. Rh. 25, Frauenstein — 25, Friedrichsfelde 6, Winneberg 11,25, Gelnhausen — 25, Rosen 5, Anna i. B. 1,25, Hörde 12,50, Goffel 1, Wittweida 2,50, Esen, a. d. Mühe 18,75, Mülheim a. Rh. 7,50, Hof 1, Witterfeld 5, St. Johann 7,50, Sonneberg 2,50, Bielzig 5, Teterow 5, Weimar 12,50.

Für gelieferte Flugblätter.

Burzen 4,80, Weipensfeld 3,70, Lindow 3,20, Freising 3,20, Dessau 12,50, Köln a. Rh. 14, Freiwald 4, Denabrück 9,50, Bojen 6, Gohentimburg 4,20, Mägeln b. Schab 4,30, Strausberg 4,20, Schick a. Malm 6, Wittweida 5,60, Ganlein 4,50, Stargard i. Wommern 3,80, Mülheim a. Rhein 5,60, Friedrichshagen 8, Neustadt a. d. Saale 5,50, Galle a. d. Saale 4,80, Delmenhorst 6,50, Hof 9, Greifswald 4,70, Regensburg 5,50, Guxhagen 4, Detsold 3,20, Schweinitz a. B. 4, Elster 3,20, Weimar 4,50, Niederbodeleben (29. August) 4, Stralsburg i. Süd 14,80.

Die Zahlstellen-Kassierer resp. Empfänger von Geldern werden ersucht, auf den Postaufschriften genau anzugeben, wofür das eingelebte Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 18. Oktober 1899.

H. Rösser,
Hamburg-St. Georg, Neue Diercke-Str. 16, 1. Et.

Quittung

über die bei mir eingegangenen Gelder für die auf-gesparten dänischen Kollegen.

Regin (von der Schifferrichtung) durch Bredow 4,50, Regin (von Kollegen gesammelt) durch Bredow 2,10, Berlin (vom Bau Remke, Baumhüttenweg) durch B. Schulz 3,20, Summa 10,80.

H. Rösser.

Zentral-Krankenkasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (c. H. Nr. 7).

In der Woche vom 8.—14. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg 4, 600, Weilig (Mann) 300, Wilmsdorf 250, Schwelmsch 213, Ernst 150, Memel 150, Garburg 150, Alvensleben 180, Wermisch 120, Heidelberg 100, Mühlenbeck 100, Reindorf 100, Frankenstein 100, Mühlstätt 100, Brandenburg a. b. S. 100, Landhützel 100, Neustadt 98,76, Zorgevor 87, Gorgan 80, Marborn 80, Sonnenburg (Neumarch) 80, Neubach 60, Warkhausen 50, Summa 4186,76.

Zusätze erhalten: Denabrück 4, 400, Gutzsich 300, Stuttgart 200, Rathenow 100, Esen (Mühl) 87,50, Flensburg 50, Summa 4187,50.

Altona a., den 14. Oktober 1899.

Karl Reich, Hauptkassierer, Friedrichsbadstr. 28.

Anzeigen.

(Schluß für Anzeigen-Aannahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Tote mit innerhalb einer Woche nach dem Todefall Mitteilung erhalten. Die Beilei kostet 10 A.)

Arhangel. Am 14. Oktober verschied nach langem Krankenlager an Lungenschwindsucht unser treuer Verbandsmitglied **Georg Gimbel** im Alter von 40 Jahren.

Brechenheim. Am 28. September verstarb unser treuer Kollege **Peter Eich** im Alter von 46 Jahren an Lungenschwindsucht.

Egerhausen. Durch einen Sturz verschied plötzlich unser treuer Verbandskollege **Heinr. Ackermann** im Alter von 20 Jahren.

Freihau. Am 2. Oktober nach Infolge eines Sturzes vom Gerüst unser Verbandskollege **Gottlieb Staropke** im Alter von 40 Jahren.

Gr. Dierleben. Am 13. Oktober nach kurzem Krankenlager der Kollege **Aug. Schrock** im Alter von 64 Jahren.

Meevane. Am 28. d. M. verstarb nach kurzem Krankenlager unser treuer Verbandskollege **Hermann Müller** aus Geseau.

Wegefar. Am Montag, 9. d. M. Abends 10 1/2 Uhr, verschied infolge eines Anfalls unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Zählstelle **Friedrich Hildebrandt**. Durch seine Strebsamkeit für die Verbandsinteressen hat er sich in unserer Zählstelle ein dauerndes Andenken gesichert.

Wiesbaden. Am 4. Oktober, kurz vor Feierabend, mußte unser treuer Kollege **A. Scheidt** im Alter von 47 Jahren durch einen Herzerleiden sein Leben einstellen. In ihm verlieren wir einen guten Kollegen.

Ehre ihrem Andenken!

Stukkateure und Gipser!

A. Zech, Kassierer der Filiale Hamburg, wohnt seit dem 31. Oktober: Hamburg, Darnstedt, Steinbamp 11, 2. Etage. [M. 1,50] Der Vorstand.

Aufforderung.

Der Kollege **F. Albrecht**, Buch-Nr. 044 109, aus Stolbe wird ersucht, seinen Verpfichtungen der Zählstelle Gensburg gegenüber nachzukommen und sein Verbandsbuch, welches er beim Kassierer abgegeben hat, sobald wie möglich einzulösen. [M. 1,80] Franz Meyer, Bevollmächtigter.

G. M. I.

Bitte, schreibe zum 28. d. M. mit Adressenangabe oder erheime selbst! Gruß von **D. M., Bernau (Märk.).**

Achtung, Bergedorf!

Unser diesjähriges

Stiftungsfest

findet am Sonntag, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr, im Vereinslocal, **Blue. Wandke**, statt. Alle Kollegen, auch aus den benachbarten Zählstellen, sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3] J. M. A. Frahs, Bevollmächtigter.

Zählstelle Kottbus.

Am Sonntag, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“: **Herbstvergnügen.** Hierzu werden sämtliche Kollegen mit ihren Familien freundlichst eingeladen. [M. 2,40] Das Festcomité.

Lederhosen-Fabrikant

W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs., empfiehlt und liefert zum Groß- & Einzelverkauf seine bewährten

Double-Leder-Hosen

in Silbergrau, schneeweiß und dunkelbraun. Ein Probe-par vor Ansicht 1. Qualität M. 5; II. Qualität M. 4,50; frei in's Haus gegen Nachnahme. Angabe der Schnittgröße und Bundweite in cm genügt für guten und bequemen Sitz. Waren-proben in gewähltester Farbe und Qualität sende auf jeden Wunsch umsonst und franco zur Verfügung.

M. Mosberg's Isländer

mit der Schutzmarke sind anerkannt die besten!

Nur echt mit dieser Marke!



Zur Beachtung! Durch neue Riesenvorräte bin ich jetzt wieder in der Lage, alle Aufträge sofort auszuführen!

M. Mosberg, Bielefeld, 45 Breitestraße 45.

Kollegen Deutschlands! Isländer, prima, 2 1/2 schwer, M. 6, 11 (2 1/2 schwer) M. 4,80, III. M. 3,20 portofrei. Streng reell. Nicht Gefallen, nehme retour. Köll. Köhlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 4.

J. Blume & Co., Hamburg.

Eingetragene
Tägliches Versand unserer bekannten, echt englisch-lebrienen und Manchester Arbeits-Artikel und Isländer Jacken, Muster u. Preisverantw. gratis.

J. Blume & Co., Hamburg.

Bielefeld, Karl Eilers. Bielefeld. Gehrberg 32.

Versandhaus für die Kollegen des Maurerverbandes.

Spezialität: Engl. Lederhosen, Bloufen, Wasserwagen, Sellen, sowie sämtliche Maurer-Verzüge. Anzüge nach Maass in jeder Preislage. Versand nach auswärts portofrei gegen Nachnahme.



Quittungsmarken und Kautschukstempel

liefert seit 20 Jahren für tausende Kassierer und Vereine

Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45. Verlag sozialistischer Bilder.

Finsterte Preislisen gratis und franco. Soeben erschien das neue

Fractionsbild der sozialdem. Partei 1898.



Quittungsmarken, Lokalfondsarten, Streifbondsarten, Quittungskarten, Kontrollkarten, Sammelkarten, sowie alle

Druckarbeiten liefert sauber und preiswerth

Conrad Müller.

Schöneberg-Verlag. Schöneberg-Verlag. Finsterte Preislisen gratis.

Ueberall

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksversammlungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes

** Süddeutscher Postillon ** übernehmen können. Günstige Bedingungen.

Weitere Auskunft erteilt auf gef. Anfrage **M. Ernst, Verlag, München,** Sonofelderstrasse 4.

Arbeitsmarkt

10—12 Maurer (Verbandskollegen) finden dauernde Arbeit beim Baumeister **J. B. v. e** auf der Wittenbrunn-Str. bei Königshütterpannen. Stundenlohn 4 1/2 1/4.

Veranstaltungen-Ausgeber

Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Berichtungsorgane der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von 10 A pro Seite bekannt gemacht. Für jede Veranstaltung werden jedoch nur zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die Ausgaben müssen für jede Veranstaltung eingelebt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, 22. Oktober.

Allensteln. Ausserordentliche Mitgliederversammlung bei Klontz, „Solet zur Olden“ (Abend) vorzuziehen. Einigen bringen nachher. Nachm. 4 Uhr bei Herrn Klontz. Wegen wichtiger Angelegenheiten müssen alle Mitglieder erscheinen. Sonntag 11 Uhr bei Herrn Klontz. Moritz. Erscheinung aller Kollegen ist notwendig.

Geesthacht. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu der Versammlung über die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beteiligen. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu der Versammlung über die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beteiligen.

Herzberg. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu der Versammlung über die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beteiligen.

Norden. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu der Versammlung über die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beteiligen.

Reinickendorf. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu der Versammlung über die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beteiligen.

Montag, 23. Oktober:

Liegnitz. Mitgliederversammlung an bekannter Stelle und zur gewöhnlichen Zeit. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Dienstag, 24. Oktober:

Wandsbek. Abends 8 Uhr bei Bäcker, Strand. Kollegen, ersucht Care Pflicht und erachtet in der Versammlung.

Mittwoch, 25. Oktober:

Danzig. Abends 8 Uhr in der Verbandslokal, Breitenhofstrasse 11. Das Erscheinen aller Mitglieder ist sehr notwendig.

Freitag, 29. Oktober:

Hintersee. Vorm. 11 Uhr im Gasthof „Zum Steffel“, Hintersee; öffentliche Angelegenheiten. Abend, Winterberg, Hintersee; öffentliche Angelegenheiten. Nachm. 4 Uhr bei Herrn Klontz. Moritz. Erscheinung aller Kollegen ist notwendig.

Naumburg. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu der Versammlung über die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beteiligen.

Zossen. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu der Versammlung über die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu beteiligen.

Deffentliche Maurerverfassungen. Dienstag, 24. Oktober: Abends 8 1/2 Uhr im „Hof“, Tagesordnung: Vortrag des Genossen Gera. Beginn: Lognau für 1000.

Deffentl. Bauhandwerker-Verfassungen. Sonntag, 22. Oktober: Nachm. 4 Uhr bei H. v. e. Öffentliche Verhandlungsversammlung. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. w. Die regelmäßigen Besprechungen finden von jetzt ab jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittag 2 Uhr, statt.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.